

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

108 (10.5.1919)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasten monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.00 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bzw. 4.32 M. voranzugleichbar. Ausgabe: Werttag mittags; Geschäftszeit: 8-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Typalt. Anzeigenzeitung od. deren Raum 25 J. zuzügl. 80 % Zeitungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 10 Vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

### Vor schwerer Entscheidung.

Karlsruhe, 10. Mai.

Von dem ersten dumpfen Schreck über die zugeworfenen Friedensbedingungen haben wir uns wohl erholt. Wir waren so auf das Schlimmste gefaßt; und die Wirklichkeit hat nur eine noch grauamere Ueberschätzung unserer Erwartungen festig gebracht. Was nun?

Das erste Wort zu dieser Sache haben unsere Delegierten. Sie werden jetzt zu beweisen haben, daß sie nicht nur als Kurierer nach Versailles gegangen sind, sondern eben als Unterhändler. Nächstens Tage ist ihnen Zeit zur Antwort gelassen. Derweilen kann man sich fragen, als die Friedensbedingungen durchzuweisen und ja oder nein dazu zu sagen. Freilich, wenn es auch zu Verhandlungen käme, die Ueberparanuna der Forderungen läßt wenig Hoffnung, daß eine Einigung auf einem Ertragsfähigkeitsniveau für uns zustande kommen wird.

Was dann? Der was dann, wenn doch überhaupt nicht mit uns verhandelt wird?

Es ist darüber leicht gesagt, dann werfen wir den Gegenstand ihre „Fetzen Papier“ vor die Füße und empfehlen uns mit der diplomatisch verfeinerten Seite des Götts von Versailles auf dem Beratungstisch. Trotski hat in West-Berlins zuerst so gekandelt und gerade die Geißelpolze des alldeutschen Vorkriegsdenkmalratens der Regierung, sich an ihm ein Beispiel zu nehmen. Nun, der Erfolg gibt Trotski hier so wenig Recht, wie sonst. Zwar hatte er fürs erste so etwas wie einen moralischen Erfolg, als er sich auf die Annahmen des Ludendorff-Friedens mit polnischem Abschied empfahl. Aber Ludendorff ließ von neuem den Krieg erklären, ließ die deutsche Heere nach Norden, Süden und Osten weiter ins Land rücken und schließlich kam Trotski doch wieder und lehrte seinen Namen unter das Diktat des deutschen Weltweltschranken. Müht denn ein Mensch heute im Ernst, daß die siegreiche, durch keinen Feind gebundene Weltmacht, Entente genannt, so etwas nicht zuzugeben bräute? Sie hat ja gegenüber den deutschen Heeren von damals den immerhin nicht unbedeutenden Vorteil, daß sich ihren Armeen überhaupt kein deutsches Militär mehr als Feind stellt, und ob die jugendlichen Soldaten der Engländer und Amerikaner noch ein paar hundert Kilometer weiter von ihrer Heimat entfernt sind als bisher, das wird diesen ziemlich gleichgültig sein. Deshalb brennen sie noch lange nicht die Forderungen durch. Dann käme Folgendes. Die Verbündeten würden das Ruhrkohlengebiet und etliche Teile des deutschen Landes von bedeutender Wirtschaftskraft besetzen und mit der vernünftigen Absicht des Vorkriegsstandes abwarten, wann wir das Reich zur willigen Unterwerfung geben würden. Dann müßten wir doch, wie Trotski, unterschreiben und uns würde dabei wahrscheinlich ein verhängnisvoller Vertrag vorgelegt werden.

Ja, die physische Infektion mit dem Bolschewismus! Zunächst ist damit leichtfertig bedroht worden. Von ganz links und von ganz rechts wurde so getan, als wenn das eine kleine Sache sei. Bolschewismus aber bedeutet Chaos und Selbstmord. Aber Selbstmord verliert man nicht, ehe es heißt, daß man dadurch auf eine leichtere Art als durch einen gewaltsamen Tod von außen stirbt. Außerdem aber, dieser Trumbist steht heute nicht mehr. Die Entente fürchtet die physische Infektion ihrer Soldaten nicht und hat auch keinen Grund, sie zu fürchten. Man muß anerkennen: ihre Staatsmänner haben wieder einmal Meisterstück: diplomatisch-psychologischer Kombinationsfähigkeit bewiesen. Sie haben den Bolschewismus eine Weile gewähren lassen, gerade so lange als nötig war zum Beweise vor aller Welt, daß man mit dieser Kunst nicht leben kann. Nicht kraft der Bolschewismus überall von selbst zusammen und nun verfahren sie da, wo er ihnen am gefährlichsten war, nach der Parole Friedrich Nietzsches: „Was fällt, soll man noch stoßen“. D. h. jetzt gehen sie ihm dort mit einem Nebenarm ihres weltwunderschönen ausgereiften Heeres den Rest. Das Einrücken rumänischer Truppen in Ungarn ist die Antwort der Entente auf die Drohung mit dem Bolschewismus.

Die Bourgeoisprelle schwelgt in nationalstiftlichen Säbelrasseleien. „Kundgebungen in den bedrohten Gebieten“, „Oberflächlicher Protest“, „Massenkundgebungen in Königsberg“ etc. Noch laßt sie nichts direkt heraus, aber die Gruppierung der Nachrichten soll den Leser mit dem Eindruck verabschieden: es ist so weit wie 1914, den Degen heraus. Rastet den Degen in der Scheitel. Die Waffen ruhen, wir können sie nicht nochmals erheben. Wir haben alles bis auf einen Rest verloren, jetzt zu, daß wenigstens der Rest bleibt. Wer von erneuter Kriegsaufnahme redet, ist ein Volskur; er wird sich gegebenen Falles sehr bald als Feigling entlarven. Nebenbei auf unerhörte Zumutungen ist nichts Unehrenhaftes. Wer aber so schwer gelitten hat wie wir, sollte auch die Pflicht haben, ein wenig klug zu sein, und die Klugheit befiehlt, nicht in einem Augenblick von Vergeltung zu sprechen, wo wir gegen die Entente so ohnmächtig sind wie eine Fliege gegen die Tabe der Sphinx. Wenigstens so flug sollten wir sein, den Clemenceau und George nicht zu dem erwiderten Hinweis verhehlen: da haben wir's ja, noch immer die Frohe des deutschen Militarismus. Das fehlte uns noch, jetzt den französischen Militarismus zu reizen, damit er, bequem wie nie, zu einem Schläge anzuholen könnte, der uns die Luft zum Atmen völlig ausbläuen würde.

Über man ist noch nicht am Ende seines Lateins, wenn man mit der Fronte nicht mehr operieren kann. Wir kennen noch nicht den Eindruck, den die Friedensbedingungen auf die Völker der Welt gemacht haben. Bei den Politikern vom Schlage der Pariser Boulevardblätter kennen wir ihn freilich ohne Entgegennahme weiterer Äußerungen. Was aber wird das französische, englische, amerikanische und italienische Proletariat dazu sagen? Bei ihm wird ja doch die Bestimmung nicht fortgelassen werden, daß auf die Orgie einer so auspresserischen Raublust der Gegenstand des Gemarterten folgen und den Feiniger eines Tages mit der ganzen Kraft einer lange zurückgehaltenen Stauungsbewegung treffen wird. In Frankreich darf man das Verständnis dafür erwarten und das Proletariat weiß dort, wer dabei die teuerste Beute zu bezahlen hat. Kurzum, wir töffeln die Suppe noch nicht so heiß, wie sie Clemenceau uns serviert hat. Einstweilen sollte die politische Regieüberung dafür sorgen, daß die weitere Behandlung des Friedensproblems nicht den Methoden der Straßendemonstranten überantwortet und dann alles verdorben werde, was noch gerettet werden kann. O-n.

### Die Antwort der deutschen Delegierten.

Paris, 9. Mai. Gestern abend fand unter dem Vorsitz des Reichsministers Grafen Brockdorff-Ransau eine Sitzung der gesamten deutschen Friedensdelegation einschließlich der Kommissare und Sachverständigen statt. Die Sitzung dauerte von 9 Uhr abends bis Mitternacht. Eine große Anzahl Redner äußerte sich zu den einzelnen Abschnitten des Entwurfs und zur Formulierung der Gegenvorschläge, zu denen der Entwurf Anlaß gibt. Es wurden 5 Arbeitskommissionen gebildet, eine politische, eine wirtschaftliche, eine finanzielle, eine soziale und eine rechtspolitische Kommission. Die Auffassung geht übereinstimmend dahin, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung unannehmbar ist.

Paris, 10. Mai. Der erste Delegierte der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Ransau, hat gestern abend folgende Notizen an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Herrn Clemenceau, gerichtet:

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der überreichten Friedensbedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß in den entscheidenden Punkten die vereinbarte Basis des Rechtsfriedens verlassen ist. Sie war nicht darauf vorbereitet, daß die ausdrücklich dem deutschen Volke und der ganzen Menschheit gebundene Zugabe auf diese Weise illusorisch gemacht wird.

Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für kein Volk erträglich sind. Vieles ist außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar. Die deutsche Friedensdelegation wird den Nachweis im Einzelnen erbringen und den alliierten und assoziierten Regierungen ihre Bemerkungen und ihr Material fortlaufend zugehen lassen.

II.

Die deutsche Delegation behält sich vor, zu der Frage des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie ein deutsches Programm überreicht, das ihrer Meinung nach zum Problem des Völkerbundes wesentliche Ansichten enthält. Die deutsche Friedensdelegation behält sich vor, sich noch eingehend zum Entwurf der alliierten und assoziierten Regierungen zu äußern. Sie macht jedoch schon heute auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß Deutschland zwar das Statut des Völkerbundes als einen Bestandteil des überreichten Vertragsentwurfs unterzeichnen soll, sich aber nicht unter den Staaten befindet, die zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen sind. Die deutsche Delegation stellt die Anfrage, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine solche Einladung beabsichtigt ist.

(gez.) Graf Brockdorff-Ransau.

Notiz: Das in der zweiten Note erwähnte Programm ist der seinerzeit in der deutschen Presse veröffentlichte Entwurf eines Völkerbundesvertrages.

### Der Entrüstungsurteil über die vorgelegten Friedensbedingungen

nimmt in ganz Deutschland von Stunde zu Stunde zu. Der Danziger Magistrat beschloß, eine Abordnung von 12 Mitgliedern nach Berlin zu entsenden, die sich mit der Reichsregierung in Verbindung setzen soll. In Oberösterreich herrscht starke Erregung. Es gehen von sehr vielen Orten Protestkundgebungen ein, vor allem, laßt „Berl. Tagbl.“, von solchen an der Grenze, die sich entschlossen gegen die Angliederung von Polen aussprechen. Es ist gewiß schwer, schreibt die „Berl. Morgenpost“, unter den vielen grausamen Forde-

rungen der Feinde, die auf eine Zerstückelung Deutschlands abzielen, eine Rangordnung aufzustellen, aber man wird kaum fehl gehen, wenn man die geforderte Grenzverschiebung im Osten als uns am tiefsten ins Herz treffend bezeichnet und wenn man unter den östlichen Gebieten, deren man uns berauben will, Oberösterreich als das für unsere Lebensfähigkeit wichtigste bezeichnet. Auch aus Speyer erheben sich schärfe Proteste. Auf die Bevölkerung im Rheinland haben, der „Köln. Bzg.“ zufolge, die Friedensbedingungen niederdrückend gewirkt. Man sei einig in dem Willen, in Zukunft, bringe sie was sie wolle, treu zum Meiche zu stehen.

Der Provinzialausschuß der Provinz Westpreußen hat an die Reichsregierung folgendes Telegramm gerichtet:

Der zu einer Sitzung versammelte westpreussische Provinzialausschuß hält unter dem Eindruck der jedes Maß überschreitenden und den 14 Wilsonschen Punkten hohnsprechenden Friedensbedingungen an seinem wiederholt betonten Standpunkt der Unverletzlichkeit Deutschlands fest und erwartet von der Reichsregierung die Ablehnung dieser Gewalttätigkeiten. Mögen sich unsere Feinde ihre Leute holen. Sein Todesurteil kann das deutsche Volk nicht unterschreiben.

### Der deutsche Friedensausschuß

hielt in Berlin am 8. d. M. eine Sitzung, zu der auch zahlreiche Mitglieder der Nationalversammlung erschienen waren. Präsident Fehrenbach bemerkte in seiner Ansprache, daß ein Friedensvertrag vorgelegt worden, der über die Bestimmungen des größten Bestimmten noch hinausgeht. Dieser Friedensvertrag bedeutet die Verflüchtung des deutschen Volkes für ewige Zeiten. Es bleibt unverständlich, wie ein Mann, der der Welt einen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit verspricht, auf dem ein Völkerbund hat aufbauen könne, es über sich bringen konnte, bei der Ueberreichung dieses haßgetränkten Friedenswertes zugegen zu sein. Hierauf sprach Ministerpräsident Scheidemann und führte u. a. aus: Der heutige Tag, der uns endlich nach 5 Monaten Märtyrium des Waffenstillstandes die Kenntnis der Hauptpunkte der feindlichen Friedensbedingungen gebracht hat, bedeutet die tiefste Stufe des deutschen Niederganges, ja vielmehr das nicht einmal: ein „Ja“ sowohl als auch ein „Nein“ können uns noch helfen, noch hoffnungsvoller in die staatliche und nationale Vernichtung hinunterstürzen. Wir stehen am Grabe des deutschen Volkes, wenn alles das, was sich hier Friedensbedingung nennt, zu vertraglicher Tatsache werden sollte. Ich kann nun schon angesichts der noch nicht vollständigen Uebermittlung der Bedingungen, keine völlige Darlegung von der Stellungnahme der Regierung geben; aber was ich tun kann und will, ist, zu vergleichen. Jedes weitere Wort würde die Unmöglichkeit und Unbarmherzigkeit dieser Bedingungen abzuwachen, die nichts anderes sind, als ein befristetes Todesurteil. Die Reichsregierung muß auch dieses, jedes Gefühl antwortende Dokument des Hasses und der Verbildung politisch nüchtern behandeln. Sie würde ihre Pflicht auf Scharfheit verletzen, wenn sie sich Empfindungen überlassen wollte, die — sie dürfen mir das glauben — ihr ebenso nahe liegen, wie sie wohl Ihnen alle naheliegen. Sie kann sich allerdings nur schwer zu dem Glauben verheilen, daß unsere Gegner in dieser ernstesten Stunde der Welt uns ein Wort Abhandlungsprogramm vorgelegt haben, um das nur der Schacher losgehen kann. Sie hofft aber eine Einigung nicht vom Handeln, sondern vom Verhandeln und in diesem Sinne hat sie die Delegation angewiesen, alles das, was ich vor Ihnen auszuführen hatte, den feindlichen Regierungen in einer Note darzubieten, gleichzeitig die gewünschten Gegenvorschläge innerhalb der vorgegebenen Frist in Aussicht zu stellen, sowie schließlich um die Anbahnung einer mündlichen Aussprache zu eruchen, in der vor allem Auskunft über die Gründe zu erteilen wäre, welche zur Aufstellung dieser oder jener Forderung geführt haben.

Präsident Fehrenbach machte hierauf nachstehende Mitteilung:

In Uebereinstimmung mit den Führern sämtlicher Parteien habe ich folgende Erklärung abgegeben: Der Herr Ministerpräsident hat mit Recht den Friedensvertrag, wie er uns von unseren Feinden vorgelegt wurde, für unträglich und unerfüllbar erklärt. Er hat zugleich dargelegt, daß Verhandlungen mit unseren Gegnern eingeleitet würden. Wir sind damit einverstanden, daß auf diesem Wege der Versuch gemacht wird, einen Frieden zustande zu bringen, der für das deutsche Volk erträglich und erfüllbar ist. Ich berufe auf einmütigen Wunsch aller Fraktionen das Plenum der Nationalversammlung auf nächsten Montag, den 12. Mai, nachmittags 3 Uhr, nach Berlin ein. Die Mitglieder des Friedensausschusses werde ich alsbald zusammenberufen. — Hierauf schloß die Sitzung.

### Kundgebung in der württembergischen Nationalversammlung.

Stuttgart, 8. Mai. Zu Beginn der heutigen Sitzung der württembergischen Landesversammlung führte Präsident Keil u. a. aus: Wir können unsere Geschäfte nicht aufnehmen heute, ohne unseren Gefühlen Ausdruck zu geben, die uns erfüllen. Die Friedensbedingungen, die uns von den feindlichen Staaten auferlegt werden sollen, bedeuten,

Vertical text on the left margin, including page numbers and other markings.

Vertical text on the right margin, including page numbers and other markings.

wenn sie nicht noch wesentliche Änderungen erfahren, die Unerschöpfung der Lebensfähigkeit unseres Volkes. Sie werden von uns empfunden wie ein Faustschlag ins Gesicht eines Volkes, das in seiner erdrückenden Mehrheit keine Schuld trägt am Ausbruch des Weltkrieges. Das deutsche Volk ist bereit zu jeder weiteren Gutmachung begabenen Unrechts, die in den Grenzen seiner Kraft liegen. Es ist bereit zu jedem Opfer, das der Wiederherstellung der Völker und der Sicherung des Friedens für alle Zukunft dienen. Die Friedensbedingungen der feindlichen Mächte entsprechen nicht den Wünschen Grundrissen. Sie dienen nicht der Verdrängung der Völker, sie sichern nicht den dauernden Frieden, sie laufen vielmehr auf einen Gewaltfrieden hinaus. Das deutsche Volk, das sich anständig, die Kapitalherrenschaft im Innern abzuwickeln, soll zu einem Sklavenvolk erniedrigt werden, das in aller Zukunft für die Kapitalisten und Imperialisten der Ententestaaten Kronendienste leisten soll. Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem Größten der Wilsonschen Friedensgrundzüge, ist in den Friedensbedingungen kaum noch eine Spur zu entdecken. Statt den Frieden zu sichern, werden diese Bedingungen eine Kriegsbeute ausstreuen, die empör wuchern muß. Sollte selbst, worüber in diesem Moment ein Urteil nicht möglich ist, die Lebensnot des deutschen Volkes die Regierung zwingen, einen solchen Frieden zu unterzeichnen, unser Volk würde sich innerlich mit ihm niemals abfinden. (Sehr wahr!) Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß es doch gelingt, die erdrückenden Bedingungen zu mildern und wir wollen zu diesem Zwecke das Volkswort, insbesondere das Gewissen des Volkes der Arbeit in Frankreich und England erneut anrufen, damit es seine Staatsmänner zurückhält vor einer Siegespolitik, die nur dem Siegesraub entsprungen ist.

**Protest der englischen Arbeiterpartei.**

London, 8. Mai. Ein Manifest der Arbeiterpartei erklärt, daß Teile des Friedensvertrages den Wilsonschen Erklärungen widersprechen, u. a. wird Verdrängung der Bedürfnisse des deutschen Volkes bei der Einbringung von Entschädigungen, allgemeine Einschränkung der Kriegsverpflichtungen, Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen, Malmédy und anderen Gebieten der deutschen Grenze gefordert.

**An das deutsche Volk!**

Berlin, 8. Mai. Der Reichspräsident und die Reichsregierung wenden sich mit folgendem Aufruf an das deutsche Volk:

Der ehrliche Friedenswille unseres schwer duldbenden Volkes fand die erste Antwort in ungemein harten Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und alle Verpflichtungen des Waffenstillstands, so schwer sie waren, ehrlich gehalten. Trotzdem setzen unsere Gegner 6 Monate lang den Krieg durch Aufrechterhaltung der Hungerblockade fort. Das deutsche Volk trug alle Lasten mit Vertrauen auf die durch die Note vom 5. November von den Alliierten gegebene Zusage, daß der Frieden ein Friede des Rechts auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns statt dessen jetzt in den Friedensbedingungen geboten wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei Aufbietung aller Kräfte unerfüllbar.

Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus solchem aufgeschwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen, die Welt müßte jede Hoffnung auf einen die Völker befreienden und heilenden, den Frieden sichernden Völkerbund begraben.

Zerstückelung und Zerreißung des deutschen Volkes, Auslieferung der deutschen Arbeiter-schaft an den fremden Kapitalisten zu menschenunwürdiger Lohnsklaverei, dauernde Fesselung der jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente ist das Ziel dieses Gewaltfriedens.

Die deutsche Volksregierung wird den Friedensvorschlag der Vergewaltigung mit einem

Vorschlag des Friedens des Rechts auf der Grundlage eines dauernden Völkerfriedens beantworten. Die tiefe Erregung, die alle deutschen Volkskreise ergriffen hat, legt Zeugnis dafür ab, daß die deutsche Regierung den geschlossenen Willen des Volkes zum Ausdruck bringt. Die deutsche Regierung wird alle Kräfte anspannen, um für das deutsche Volk dieselbe nationale Einheit und Unabhängigkeit und dieselbe Freiheit der Arbeit in Wirtschaft und Kultur zu erringen, welche die Alliierten allen Völkern Europas geben wollen, nur unserem Volk nicht.

Unser Volk muß sich durch eigenes Handeln retten. Angesichts dieser Gefahr der Vernichtung müssen das deutsche Volk und seine von ihm selbst gewählte Regierung zusammenstehen. Ohne Unterschied der Partei möge Deutschland sich zusammenzuschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volkstum und die gewonnene Freiheit zu bewahren. Jeder Gedanke, der ganze Wille der Nation gehört jetzt der Arbeit für die Erhaltung und Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes.

Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr auszuharren in wechselseitigem Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts.

Der Reichspräsident: Ebert.  
Die Reichsregierung: Scheidemann, Dernburg, Bauer, Bell, David, Erzberger, Gothein, Noske, Preuß, Wiffel, Schmidt.

**An das badische Volk!**

Karlsruhe, 9. Mai. Das badische Staatsministerium erläßt folgende Erklärung:

Die Bedingungen, unter welchen die verbündeten Feinde dem deutschen Volke den Frieden anbieten, sind nunmehr bekannt gegeben. Die schlimmsten Befürchtungen sind dadurch übertraffen worden. Keinem Volk der Erde hat je eine Vergewaltigung gedroht, wie sie die Friedensbedingungen darstellen.

Nichts wird unberührt gelassen werden, eine Milderung der harten Bedingungen zu erreichen. Noch aber ist nicht abzusehen, ob es gelingen wird, dem harten Sinn der Feinde Zugeständnisse abzurufen. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, daß Vernunft und Menschlichkeit bei den Gegnern noch zum Durchbruch kommen.

Das deutsche Volk wird sich in dieser Schicksalsstunde geschlossen hinter die Reichsregierung stellen. Das Staatsministerium hat das Vertrauen, daß auch das Volk Badens die Würde bewahren wird, mit der die Entscheidung in dieser Lebensfrage der Nation getroffen werden muß.

Wenn es nicht gelingen sollte, den Friedensbedingungen eine Gestalt zu geben, die dem deutschen Volke das Weiterleben als Volk möglich macht, dann werden wir vor die erste Frage gestellt werden, ob wir uns den Feinden beugen müssen, oder ob nicht einmütig dieser Friedensschluß zurückgewiesen werden muß.

Die weitere Besetzung von Reih durch die Franzosen ist uns Badenern unerträglich. Dem wirtschaftlichen Leben unseres Landes würde dadurch ein tödlicher Stoß verleiht. Wir erheben lauten Widerspruch gegen diesen Stoß auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Das badische Volk ruft uns durch Ernst und Würde zu zeigen, daß es sich der Schwere der Lage bewußt ist und der Reichsregierung das Vertrauen zu bewahren, daß sie dem deutschen Volke nur die Entscheidung vorschlagen wird, die vor der Geschichte wird verantwortet werden können.

Karlsruhe, den 9. Mai 1919.

Das badische Staatsministerium:  
Geiß, Staatspräsident.  
Deitrich, Engler, Dr. Haas, Summel, Köhler, Marum, Kemmele, Nickerl, Trunt, Weißhaupt, Wittenmann, Dr. Wirth.

**Weitere Bedingungen des Friedensvertrags.**

**Die Entschädigungen.**

Artikel 8. Die alliierten und die assoziierten Regierungen bestimmen und die deutsche Regierung übernimmt für sich selbst und ihre Bundesgenossen die Verantwortung für das Verursachen aller Verluste und Schäden, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und deren Untertanen als Folge des ihnen aufgedrungenen Krieges erlitten haben. Überall da, wo die Gesamtsumme des Schadens, welchen Deutschland zu zahlen hat, seine Zahlkraft übersteigt, übernimmt es die Pflicht, Vergütungen für alle Schäden, welche den Zivilisten auf Grund folgender sieben Hauptkategorien zugefügt wurden, zu leisten:

- a) Schäden, welche persönlich Bürgern angedrückt wurden, direkt oder indirekt durch Kriegshandlungen;
- b) Schäden an Behörden, welche durch Grausamkeiten und durch den Feind im besetzten Gebiete verurteilt worden sind;
- c) Schäden, die durch die schlechte Behandlung von Kriegsgefangenen hervorgerufen wurden;
- d) Schäden, die die alliierten Untertanen an Personen und Entschädigungen erlitten; diese Beträge werden direkt genannt;
- e) Schäden von Eigentümern anderer als militärischer oder maritimer Materie;
- f) Schäden, die Zivilpersonen durch ihnen auferlegte Zwangsarbeit erlitten;
- g) Schäden infolge von Abgaben und Kontributionen, die der Feind auferlegt hat.

Die Gesamtverpflichtungen Deutschlands hinsichtlich der Bezahlung der in die Entschädigungskategorien fallenden Schäden müssen festgelegt werden und Deutschland durch eine internationale Schadenersatzkommission nach einem gehörigen Vorbehalt spätestens am 1. Mai 1921 angegeben werden. Gleichzeitig wird ein Schema für die Bezahlung und die Erfüllung der Verpflichtungen innerhalb von 30 Jahren entworfen werden. Diese Zahlungen sind in gewissem Sinne einer Verzinsung unterworfen. Deutschland erkennt unbedenklich das vollständige Verfügungsrecht dieser Kommission an und verpflichtet sich, sie mit allen möglichen Informationen zu versehen und Befehle anzuerkennen, um die Verwaltung der Kommission in Kraft treten zu lassen.

Deutschland verpflichtet sich ferner, den Alliierten Vorgehens zurückzugeben und gewisse Mittel, welche mit diesem Geld geleistet werden können. Innerhalb zweier Jahre soll Deutschland 20 Milliarden teils in Gold, Waren, Schiffen oder anderen Kategorien von Bezahlung zur Wiederherstellung leisten, ebenso wie für die Bezahlung der Armeen, für die Nahrungsmittel und Rohmaterialien. Diese Zahlungsformen können nach Wahl der Alliierten angenommen werden. Bei der periodischen Abschätzung von Deutschlands Zahlungsfähigkeit muß die Wiederherstellungskommission das deutsche Steuerrecht vorher unterzuchen mit der Absicht, daß die Beträge, welche Deutschland zu zahlen verpflichtet ist, zu Lasten aller seiner Einkommen fallen, und zwar haben diese Verpflichtungen Deutschlands den Alliierten gegenüber ein Vorkaufsrecht vor dem Zinsendienst und vor dem Einlösungsdienst jedweder inneren Anleihe, und zweitens hat sich die Kommission zu überzeugen, daß im allgemeinen das deutsche Steuerrecht genau so schwer ist, wie das irgend einer anderen Macht, die in der Kommission vertreten ist.

**Ablieferung von Vieh.**

Verfall, 9. Mai. Die laut Friedensvertrag von Deutschland zu leistenden Viehlieferungen belaufen sich im einzelnen folgendermaßen:

- 1. An die französische Regierung 500 Ruchthengste von 3-7 Jahren, 30 000 Stutenfüllen und Stuten von 18 Monaten bis 7 Jahren, von ardennerischer und Boullonneser und belgischer Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahre, 30 000 Milchkühe von 2-6 Jahren, 1000 Böde, 100 000 Schafe und 10 000 Ziegen.
- 2. An die belgische Regierung: 200 Ruchthengste von 3-7 Jahren, 5000 Stuten von 3-7 Jahren, 5000 Stutenfüllen von 18 Monaten bis 3 Jahren, sämtliche schwere belgische Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahren, 50 000 Milchkühe von 2-6 Jahren, 40 000 Köpfe Jungrinder, 200 Böde, 20 000 Schafe und 15 000 Mutterzweine. Die abgelieferten Tiere müssen von normaler Beschaffenheit und guter Verfassung sein. Falls die abgelieferten Tiere nicht als verschleppt oder beschlagnahmt identifiziert werden können, wird der Wert Deutschland kreditiert werden.

**Luftschiffahrt.**

Der 8. Teil (Reparationen) folgt. Der 9. und der 10. Teil sind bereits gestern gemeldet. Der 11. Teil, die Luftschiffahrtfrage, ist dahingehend festgelegt worden, daß die alliierten Flugzeuge volle Freiheit des Ueberfluges und Landes in deutschen Gebieten und Gewässern besitzen und dieselben Vorteile wie die deutschen Flugzeuge, besonders bei Un-

**Aquis submersus.**

13. Novelle von Theodor Storm.

Wärsen stund ich auch und horchte; aber ich mochte bei meinem Abgang wohl die Thür ins Schloß geworfen und so einen guten Vorprung mir gewonnen haben: von den Gunden war kein Laut vernembar. Wohl aber, da ich eben aus dem Schloß auf eine vom Mond erhellete Lichtung trat, hörte ich nicht gar fern die Nachtigallen schlagen; und von wo ich ihren Schall hörte, dahin richtete ich meine Schritte; denn mir war wohl bewußt, sie hatten hier herum nur in den Hecken des Herrengartens ihre Nester; erkannte nun auch, wo ich mich befand, und daß ich bis zum Hofe nicht gar weit mehr hatte.

Wie also dem lieblichen Schalle nach, das immer heller vor mir aus dem Dunkel drang. Da plötzlich schlug was anderes an mein Ohr, das jählings näher kam und mir das Blut erstarren machte. Nicht zweifeln konnte ich mehr, die Gunde brachen durch das Unterholz; sie hielten fest auf meiner Spur, und schon hörte ich deutlich hinter mir ihr Schnaufen und ihre gewaltigen Schritte in dem dürren Laub des Waldbodens. Aber Gott gab mir seinen gnädigen Schutz; aus dem Schatten der Bäume fürte ich gegen die Gartenmauer, und an eines Friederbaums Geäste kroch ich mich hinüber. — Da lagen hier im Garten immer noch die Nachtigallen; die Buchenhecken waren tiefe Schatten. In solcher Mondnacht war ich einstens vor meiner Ausfahrt in die Welt mit Herrn Gerhardus hier gewandelt. „Sieh dir's noch einmal an, Johannes!“ hatte dermalen er geiprochen; „es könnt geschehen, daß du bei deiner Heimkehr nicht doch im mozt fändest und daß also daran ein Willkommen nicht für dich am Thor geschrieben stünde; — ich aber möcht nicht, daß du diese Stätte hier verpöbst.“

Das flog mir igund durch den Sinn, und ich mußte bitter lachen; denn nun war ich hier als ein gepöbetes Wild; und schon hörte ich die Gunde des Junter Wulf gar grimmig draußen an der Gartenmauer rennen. Selbige aber war, wie ich noch sagz zuvor gesehen, nicht überall so hoch, daß nicht das wütlige Gelter hinüber konnte; und rinas im Garten war kein Baum.

Nichts als die düstern Hecken und drüben gegen das Haus die Blumenbeete des seligen Herrn. Da, als eben das Wellen der Gunde wie ein Trümpfgehöle innerhalb der Gartenmauer scholl, erlaube ich in meiner Not den alten Epheubaum, der sich mit starkem Stamme an dem Turm hinaufreckt; und da dann die Gunde aus den Hecken auf den mondhellten Platz hinaus raste, war ich schon hoch genug, daß sie mit ihrem Anspringen mich nicht mehr erreichen konnten; nur meinen Mantel, so von der Schulter gegülten, hatten sie mit ihren Zähnen mir herabgerissen.

Ich aber, also angeflammt und fürchtend, es werde das nach oben schwebende Geäst mich auf die Dauer nicht erlangen, blinzte huckend um mich, ob ich nicht irgend besseren Halt gewinnen möchte; aber es war nichts zu sehen als die dunklen Epheubätter um mich her. — Da, in solcher Not, hörte ich ober mir ein Fenster öffnen, und eine Stimme scholl zu mir herab — möcht ich sie wieder hören, wenn du, mein Gott, mich badt nun rufen läßt aus dir'em Gedankel! — „Johannes!“ rief sie; leis, doch deutlich hörte ich meinen Namen, und ich kletterte höher an dem immer schwebenden Geweige, indes die schlafenden Vögel um mich aufzuehen und die Gunde von unten ein Geul heraufstiege. — „Katharina! Wißt du es wirklich, Katharina?“

Und schon kam ein zitterndes Gündlein zu mir herab und zog mich gegen das offene Fenster; und ich sah in ihre Augen, die voll Entsetzen in die Tiefe starrten.

„Kommt!“ lag sie. „Sie werden dich zerreißn.“ Da kroch ich mich in ihre Kammer. — Doch als ich drinnen war, ließ mich das Gündlein los, und Katharina sank auf einen Sessel, so am Fenster stand, und batte ihre Augen dicht geschlossen. Die dicken Flechten ihres Haares lagen über dem weißen Nachthemd bis in den Schoß hinab; der Mond, der draußen die Gartenbeden überfliegen hatte, schien voll herein und zeigte mir alles. Ich stund wie fest gezaubert vor ihr; so lieblich fremde und doch so ganz mein eigen schien sie mir; nur meine Augen tranken sich satt an all der Schönheit. Erst als ein Seufzer ihre Brust erhob, sprach ich zu ihr: „Katharina, liebe Katharina, träumst du denn?“

Da flog ein kühnlich Rädeln über ihr Gesicht: „Ja!

glaub wohl! ja, Johannes! — Das Leben ist so hart; der Traum ist süß!“

Als aber von unten aus dem Garten das Geheul aufs neu heraufkam, fuhr sie erschrockt empor. „Die Gunde, Johannes!“ rief sie.

„Was ist das mit den Gunden?“  
„Katharina,“ sagte ich, „wenn ich Euch dienen soll, so glaub ich, es muß bald geschehen; denn es fehlt viel, daß ich noch einmal durch die Thür in dieses Haus gelangen sollte.“ Dabei hatte ich den Brief aus meinem Tischlein hervorgezogen und erzählte auch, wie ich im Kruggebranten mit den Junkern sei in Straß gezozen.

Sie hielt das Schreiben in den hellen Mondenschein und las; dann schaute sie mich voll und herzlich an, und wir berebten, wie wir uns morgen in dem Tannenwalde treffen wollten; denn Katharina sollte noch zuvor erkunden, auf welchen Tag des Junters Wulfen Abreise zum Kieler Johannismarkt festgesetzt sei.

„Und nun, Katharina,“ sprach ich, „hast für nicht etwas, das einer Waffe gleich steht, ein eilern Ellenmaß oder so dergleichen, damit ich der beiden Thiere dranten mich erweisen könne?“

Sie aber schramt jäh wie aus einem Traum empor: „Was sprichst du, Johannes!“ rief sie; und ihre Hände, so bislang in ihrem Schoße geruht, griffen nach den meinen. „Mein, nicht fort, nicht fort! Da dranten ist der Tod; und gehtst du, so ist auch hier der Tod!“

Da war ich vor ihr hingeknieet und lag an ihrer jungen Brust, und wir umfingen uns in großer Herzensnot. „Ach, Käthe,“ sprach ich, „was vermag die arme Liebe denn! Wenn auch dein Bruder Wulf nicht wäre; ich bin kein Edelmann und darf nicht um dich werben.“

Sehr süß und sorglich schauete sie mich an; dann aber kam es wie Schelmerei aus ihrem Munde: „Kein Edelmann, Johannes? — Ich dachte, du seiest auch das! Aber — ach nein! Dein Vater war nur der Freund des meinen — das gilt bei Welt wohl nicht!“

(Fortsetzung folgt.)

glücklichen, genießen. Die alliierten Flugzeuge im Transit für fremde Länder könne deutsches Gebiet und deutsche Orte ohne Landung überfliegen. Vorsehrlich der Vorschriften, welche Deutschland einfließt und welche gleichzeitige auf deutsche und alliierte Flugzeuge Anwendung finden. Die Flugplätze Deutschlands, welche den Nationen und dem öffentlichen Verkehr geöffnet sind, müssen den alliierten Flugzeugen betreffend Tagen aller Art auf dem Fuße der Gleichberechtigung geöffnet werden.

Verkaufte, 8. Mai. (Verpätet eingetroffen.) 4 Teil. Deutschland verzichtet weiter auf alle seine Verträge und Abmachungen mit Siam, mit Liberia und auf alle Rechte aus der Algeciras-Akte. Deutschland erkennt das französische Protektorat über Marokko an und verzichtet auf die Kompensationen. Deutschland erkennt ferner das englische Protektorat über Ägypten an, desgleichen alle Verträge der verbündeten und assoziierten Mächte mit der Türkei und Bulgarien. Deutschland verzichtet zugunsten Japans auf seine Rechte betr. Mandschau.

Der 8. Teil behandelt die Reparationen und legt fest, Deutschland ist für alle Verluste und Schäden infolge des Krieges verantwortlich. Die verbündeten Regierungen erkennen an, daß die Hilfsquellen Deutschlands nicht genügend, wenn die andauernden Forderungen Deutschlands nicht genügend, wenn die Bestimmungen des Vertrages berücksichtigt werden, um die vollständige Vergeltung aller dieser Verluste zu gewährleisten. Deutschland muß jedoch die Verpflichtung übernehmen, allen der Zivilbevölkerung der Verbündeten und ihrem Eigentum verursachten Schäden nach Maßgabe der besonderen Anlage Nr. 1 zu vergüten. Die Höhe des Schadens, zu dem Deutschland verpflichtet ist, wird ebenfalls durch die Kommission für die Reparationen festgesetzt werden, deren Sitz in Paris ist. Die Kommission wird Deutschland billige Gelegenheit geben, sich zu äußern, ohne daß es an der Entscheidung beteiligt würde. In den Verfügungen der Kommission wird geboten, daß sie periodisch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abschätzt und deshalb das deutsche Steuerwesen zu prüfen hat, damit alle deutschen Einkünfte einschließlich derjenigen für den Schuldendienst oder für die Rückzahlung innerer Anleihen in erster Linie den Zahlungen für die Vergeltung zugutekommen und um weiterhin Gewissheit zu erlangen, daß das deutsche Steuerwesen genau ebenso streng ist als verhältnismäßig dasjenige einer der in der Kommission vertretenen Mächte. Die Anlage des 8. Teiles der Reparationen legt die Erstattung Deutschlands fest, bis zu 70 Prozent seiner Vorkriege an Farben sowie chemischen und pharmazeutischen Produkten der Kommission für Reparationen zu überlassen. Ueberdies wird Deutschland während der Zeit vom Inkrafttreten des Vertrages bis zum 1. Juli 1920, sodann während jeder 6 Monate periodisch bis zum 1. Januar 1925 immer 25 Prozent der Produktion an Farben sowie chemische und pharmazeutische Produkte überlassen.

### Die französische Presse.

Verkaufte, 8. Mai. Ueber die Friedensbedingungen selbst äußert sich die Presse bisher nur in allgemein gehaltenen Kommentaren, ohne schon auf Einzelheiten einzugehen. Die allgemein vertretene Ansicht ist, daß die Bedingungen für Frankreich sehr günstig seien und daß Frankreich voll und ganz befriedigt sein müsse. — „Comme Libre“ erklärt: In den Bedingungen ist nichts vergessen, was den Frieden festigen, sowie die notwendige Vorsicht und die legitimen Wünsche aller Nationen, welche Opfer Deutschlands wurden, berücksichtigen kann. Weiterhin hätte Frankreich die schönsten, einzigen Mechanische, welche es wollte, nämlich den Völkerfrieden und Rechtsfrieden definiert zu haben. — „Petit Parisien“ meint, die 14 Wilson-Punkte seien Straußhaft respektiert, was auch Graf Brodorski-Mankau sagen möge. Aus dem Frieden werde eine verjüngte Welt hervorgehen, welche durch die Grundzüge der Gerechtigkeit auferstanden und von der Gewalt Herrschaft des deutschen Imperialismus befreit sei. — „Pays“ meint: Zum erstenmal in der Weltgeschichte ist ein Vertrag von Grundzügen ausgearbeitet worden. Die Gesellschaft der Nationen erscheint jowenig. Ihr werden die Völker ihre Wünsche vorbringen. — „Revue“ meint: Der Frieden ist, wie wir ihn erträumt, ohne Gewalt, ohne Amputationen, ohne Eroberungen, ohne ungerechte Zurückhaltung des besiegten Deutschlands, aber er enthält alle Wiederherstellungen und Würdigkeiten, welche wir vernünftigerweise verlangen können.

Die reaktionäre nationalistische Presse jedoch findet, daß Frankreich immer noch nicht genügend gesichert sei. „Echo de Paris“ erklärt, man dürfe den Vertrag nicht nur auf Papier schreiben, sondern müsse auf Ereignisse bauen. Die französisch-englisch-amerikanische Allianz müsse außerhalb dieser Ideologie organisiert werden. — Der „Matin“ findet es besonders bedauerlich, daß erst im Mai 1921 Deutschland die definitive Kostenübernahme vorlegen werden solle. Sodann man noch zwei Jahre in allgemeiner Ungewissheit lebe. Auch militärisch sei man nicht genügend gesichert. Die Gefahr bestehe darin, daß der Krieg eventuell in zwei Jahren wieder angefangen werden müsse. — Der „Figaro“ ist der Ansicht, daß der Frieden die ganze Energie der Alliierten und besonders Frankreichs beansprucht, um durchgeführt zu werden. Ermalte Frankreich, so wäre auch dieser Vertrag nur ein leeres Wort. Frankreich brauche jetzt eine feste Politik, Autorität und Beharrlichkeit, damit es sich nicht in Illusionen und Träumen verliere. Dann könne dieser Sieg und Frieden für Frankreich fruchtbar werden.

Der „Tamps“ und das „Journal des Debats“ erinnern zu Beginn ihrer Kommentare über den Friedensvertrag daran, daß an Mittwoch der 4. Jahrestag des Untergangs der „Lusitania“ war. Sie sagen, daß viele Delegierte an dieses Verbrechen und an die zur Erinnerung daran geprägte Medaille dachten. Der „Tamps“ analysiert ferner die Rede des Grafen Brodorski-Mankau und konstatiert, daß das gegenwärtige Deutschland mit der Vergangenheit nicht gebrochen habe. Er fragte, ob es geneigt sei, das deutsche Volk neuen Zielen entgegenzuführen. „Journal des Debats“ betrachtet die Friedensbedingungen als ruhmvollen Wert, obwohl die riesigen Opfer Frankreichs nicht kompensiert sind. Er begrüßte die Genua-Entscheidung in den territorialen Fragen zugunsten Frankreichs gewiß zu haben. Frankreich habe eine gute Politik getroffen durch die Einigung mit den Alliierten und die Abkehrung neuer Wege des Imperialismus.

Verkaufte, 8. Mai. „Matin“ schreibt zu der Rede des Grafen Brodorski-Mankau: Was Brodorski sagt, ist nicht sehr neu. Es ist das vollkommene Sandbild der deutschen Propaganda mit einigen heuchlerischen Ausdrücken des Behauers durchzogen. Clemenceau hielt es für richtig, hierauf nicht zu antworten. — „France Libre“ schreibt: Die Jeremiaden des Grafen Brodorski-Mankau, der sich zunächst die Verantwortlichkeit Deutschlands herabzujagen bemühte und über die Härte der Alliierten jammerte, werden an dem Charakter des besiegten Deutschlands nichts ändern. Gerechtigkeit ist dem Verurteilten immer peinlich, selbst wenn ein Urteilspruch, wie der hier vorliegende, nur die Herausgabe geraubter, Abertragung für die Opfer und Würdigung gegenüber dem Attentäter fordert. — „Comme Libre“ schreibt, daß die Delegierten Brodorski-Mankaus ungebrachte Reden aufmerksamer und genau anhören und hebt hervor, daß nach der Schlußfassung der Obersten Rat in einer kurzen Verhandlung die Rede des Grafen Brodorski-Mankau eingehend prüfte.

### Die neutrale Presse.

Amsterdam, 8. Mai. Das „Allgemeine Handelsblatt“ schreibt in einem Beiratsartikel: Die Friedensbedingungen, die Deutschland

auferlegt worden seien, seien so hart und so erniedrigend, daß selbst diejenigen, welche nur geringe Erwartungen an den Rechtsfrieden in Versailles geknüpft hätten, tief enttäuscht sein müßten. Die Entente verfolge an diesem Ziel, Deutschland vollkommen zu vernichten. Dieser Friede sei ein Hohn auf die Grundzüge Wilsons. Im Vertrauen auf diese Grundzüge habe Deutschland den Frieden angenommen. Dieses Vertrauen sei so schändlich enttäuscht worden, daß das, was jetzt geschehe, als eine Erniedrigung nicht nur für die Regierung und daher auch für die Völker, die an diesem Friedensangebot mit Eifer teilgenommen, sondern auch als Erniedrigung für die gesamte Menschheit empfunden werden müsse. Das Deutschland auch mit, den Frieden können diese Bedingungen nicht bringen.

„Renne van den Dag“ schreibt in einem Artikel über die Friedensbedingungen, Deutschland werde darin so behandelt, daß ein normales Zusammenleben des deutschen Volkes mit den westlichen Mächten für sehr lange Zeit unmöglich gemacht werde. Man müsse schon ein hartnäckiger Optimist sein, um zu glauben, daß die Reaktion darauf ausbleibe werde.

Verkaufte, 8. Mai. „Der Arbeiter“ schreibt: Deutschland hat den Krieg verloren und Wilson den Frieden. Clemenceau hat von einer Abrechnung gesprochen. Es ist eine Abrechnung der schärfsten Art geworden. Der „Renne van den Dag“ bezeichnet einen längeren Artikel, in dem er bei seiner prinzipiellen Ablehnung des Friedensvertrages bleibt, aber in den darin enthaltenen Bestimmungen über den Völkerverbund und die Arbeitergesetzgebung doch noch ein ermutigendes Zeichen für das Vorhandensein eines neuen Geistes erblickt.

Verkaufte, 8. Mai. Der Friedensvertrag der Entente mit Deutschland erteilt in der ganzen schwedischen Presse unangehören und einmütige Enttäuschung. — „Morgenbladet“ fragt, ob man überhaupt noch zu Deutschland als einer Großmacht sprechen dürfe. „Dagens Nyheter“ bejaht vor allem die hochbedeutendsten Maßnahmen im Osten und führt dabei aus, daß nach den Grundzügen des Selbstbestimmungsrechts Danzig unzulässig das Reich habe, eine deutsche Stadt zu bleiben. Innerhalb mit dem Grundgesetz, daß nur noch unbestimmte polnische Gebiet an Polen fallen soll, ist die Bestimmung, nach welcher der größte Teil von Oberschlesien von Deutschland abgetrennt wird, abgesehen von einzelnen beinahe ganz polnischen Dörfern ist die Bevölkerung überall gemischt.

Verkaufte, 8. Mai. „Socialdemokraten“ erklärt den Entwurf des Friedensvertrages für furchtbar hart. In den Einzelheiten habe er mit Wilsons 14 Punkten wenig und in ihrem Geiste noch weniger gemutet. Deutschland habe gerade im Vertrauen auf sie den Waffenstillstand des 8. November abgeschlossen und sich selbst verlor gemacht, nachdem Wilson mit Zustimmung der Alliierten bis auf den einen Punkt, die Freiheit der Meere, erhalten hat. Der Entwurf sei also weder moralisch noch klug. Als Deutschland im vorigen Jahre Russland den Frieden von Brest-Litowsk dekretiert habe, hätte Lloyd George erklärt, daß nur ein noch unmoralischer und unkluger sein würde, wenn nämlich die Alliierten einem besiegten Deutschland einen ähnlichen Frieden anbieten wollten. Der Versailles Friede sei aber hundertmal härter, unmoralischer und unkluger als der Brest-Litowsker.

### Die tschechische Presse.

Verkaufte, 8. Mai. Wiener Korr. Bur. Die tschechischen Mächte sind von dem Inhalt des Friedensvertrages sehr befriedigt. Selbst der sozialistische „Pravda“ äußert sich, daß die Tschechen sich für die Zukunft damit abfinden müßten, nicht mehr das Volk zu sein, vor dem die Welt ergrütere und daß es erst nach Ertrag der Kriegeslohn über seine Arbeit frei verfügen dürfe.

### Baden.

Durlach, 9. Mai. Straßenunfall. Freitag vormittag 8 Uhr erfolgte bei der Salzhof- und Hauptstraße zwischen einem Lastkraftwagen der Fabrikgesellschaft beim Hofen- und Kommando und einem Straßenbahnwagen ein schwerer Zusammenstoß. Das Vorderperon des Straßenbahnwagens wurde zertrümmert, auch der Kraftwagen erlitt starke Beschädigungen. Menschenleben kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

Karlsruhe, 8. Mai. Einen eigenartigen Rang machte kürzlich ein Fährer von Wiltshof, der im Altkloster des Rheins Reife gestellt hatte. Er fand nämlich in einem der Reife ein totes, 90 Zentimeter langes Millrotzbiil. Man nimmt an, daß französische Kolonialsoldaten derartige Tiere vielleicht als Fettspeise mit sich führten, von denen dann eines entkommen ist. Das Tier wird in Karlsruhe präpariert werden.

Karlsruhe, 10. Mai. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen veranstaltet am morgigen Sonntag einen Ausflug. Treffpunkt: Bahnhof 10 Uhr vormittags. Es werden dort die Karlsruher Kollegen erwartet, welche um 10 Uhr eintreffen werden. Dann wird gemeinsam mit den Karlsruher Kollegen nach Guggenau gewandert, wo wir mit den dortigen Kollegen zusammentreffen werden. Darauf erfolgt gemeinsame Wanderung nach Baden-Baden und Zusammentreffen mit den dortigen Kollegen.

Guggenau, 9. Mai. Dem Kohlenhändler Karl Gang aus Weighelm wurden vor längerer Zeit 30 Zentner Wehl beschlagnahmt. In der am 2. Mai stattgefundenen Verhandlung wurde Gang freigesprochen.

Bretzen, 9. Mai. Wie man hört, wird die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.G. am 1. Juli hier eine Niederlassung eröffnen.

Willingen, 9. Mai. Einem Scheidhändler, der sein Gewerbe im großen Betrieb, ist man hier auf die Spur gekommen. Es handelt sich um einen Gefreiten vom Militärleistungsbüro, der im Jubiläumsgeldbesitz ist. Gegen Zahlung ungesetzlicher Preise konnte er alle erreichbaren Lebensmittel auf und brachte sie nach Berlin. Für ein Hund Futter verlangte und erhielt er bis zu 30 Mark. Er hand gerade im Begriff, ein größeres Geschäft in „Schweizer Stuppen“ zu machen. Den Verdacht ist ein großer Sieb Telegramme und Briefe in die Hände gefallen, die von dem verdächtigen Krebserzeugen zeugen.

Donaueschingen, 8. Mai. Bei einem Einbruch in das Geschäftszimmer des Anwaltskommissars des Inf.-Regts. 488 fielen den Dieben 88 000 Mark in die Hände.

Altenbach, 9. Mai. In Gnadensee wurden die Leichen der bei einer Bootsfahrt am Palmsonntag ertrunkenen Frau Bankier Kobermel und des Fräulein Elisabeth Stengel aufgefunden. Die Leiche des Bankiers Rothemmel fehlt noch.

Sonnberg, 9. Mai. Bei einem Fährer von Oberlandringen wurden vier Rippen mit etwa 10 000 Schweizer Stuppen beschlagnahmt.

Verkaufte, 8. Mai. Hier sind 30 Offiziere, darunter ein Generaloberst, sowie 10 Unteroffiziere, aus dem Bereiche des 1. Armeekorps eingetroffen, um die Einrichtungen der hiesigen Anstaltsstation zu studieren, da anlässlich des bevorstehenden Militärtransports der deutschen Kriegsgefangenen weitere Austausch- bzw. Eingangskationen eingerichtet werden sollen, und zwar in Baden außer in Konstanz noch in Reß, Mannheim und Freiburg. Es ist geplant, insgesamt 16 solcher Stationen zu errichten.

Verkaufte, 8. Mai. Am Mittwoch abend zwischen 8 und 7 Uhr überflog ein Flugzeug vom hiesigen Flugplatz aus bei Gortleben das Schweizer Gebiet. Als das Flugzeug zum zweitenmale die Grenze machte, wurde es von der Schweizer Grenzwehr beobachtet und wurde durch den Flugplatz zurück, ohne Schaden genommen zu haben.

Mannheim, 9. Mai. Von der Staatsanwaltschaft sind eine Reihe hiesiger Personen wegen Abgabe von Lebensmitteln ohne Marken und wegen Hochpreisüberdrehung mit hohen Geldstrafen belegt worden. So erhielt der Inhaber des Kaffeehandels im Hauptstadt 3 Wochen Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, der Milchhändler Rauerg eine Woche Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, der Milchhändler Kott ebenfalls eine Woche Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Rauerg hatte an ein Kaffee-Magermilch zum Preise von 1 Mark das Liter geliefert.

Die Anschriften an den staatlichen Dienstgebäuden. Wie in der „Karlsruh. Ztg.“ mitgeteilt wird, hat die badische Regierung beschlossen, daß die Schilder und Inschriften an staatlichen Gebäuden, soweit sie noch die Bezeichnung „Großherzoglich“ enthalten, alsbald den neuen Verhältnissen entsprechend geändert werden sollen. Künftighin ausgeführte Aufschriften, die in Stein gehauen, in Holz geschnitten oder in sonstiger Weise gefertigt sind, sollen als künftighinige Wahrzeichen erhalten bleiben. Die Bezeichnung der staatlichen Dienststelle wird in diesen Fällen durch eine einfache Aufschrift in Oelfarbe oder dergleichen erfolgen.

Eine deutchnationale Anfrage. Die Abgeordneten Mayer und Genossen (Deutchnational) haben im Badischen Landtag eine Interpellation eingebracht, in der sie die Anfrage an die Staatsregierung richten, ob sie die Neuzugänge, die der Minister des Innern Klemme in der 3. Landesversammlung der Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte über die Deutchnationale Volkspartei gemacht hat, aufrecht hält und wenn ja, wie sie diese Stellung vor der Versammlung rechtfertigt.

Klagen über die schlechten Verkehrsverhältnisse auf der Altbahn. Man schreibt uns aus Langensteinbach: Eine sehr große Verkehrslage scheint man bei der Betriebsleitung der Altbahn der Arbeiterchaft gegenüber zu haben. Der Arbeiterzug 212 Eitingen—Ittersbach fällt ohne vorherige Bekanntgabe öfters aus. So mußte die gesamte Arbeiterchaft der Spinn- und Weberei Eitingen am Dienstag und Mittwoch vor Ostern wieder 2 Stunden auf den nächsten überfüllten Arbeiterzug warten, oder zu Fuß gehen. Die auf diese Art geschädigte Arbeiterchaft fühlt sich natürlich sehr zurückgesetzt. Die Arbeiterchaft erwartet in Zukunft gleiche Berechtigung ihrer Fahrkarten an den Reisenden gegenüber, um die erregten Gemüter zu beruhigen und Ausstellungen zu vermeiden!

Neue Zusammenhänge. Zur Herstellung unmittelbarer Anschlüsse an die Mannheim—Berliner Schnellzüge D 87/D 88 in Heidelberg werden vom Samstag, den 10. Mai an die Schnellzüge D 1 Weil-Neopoldsdörfer ab 2.55, Heidelberg an 4.45 nachm. und D 2, Heidelberg ab 9.11 vorm., Weil-Neopoldsdörfer an 2.02 nachm., wieder täglich geführt. Zwischen Heidelberg und Darmstadt fallen sie bereit noch aus. Die übrigen seit 23. April ausgefallenen Schnellzüge werden wieder eingelegt werden, sobald die in Aussicht gestellten Kohlenzufuhren einsehen.

### Die Gemeindevahlen.

#### Ein Kompromiß.

Karlsruhe, 8. Mai. Im Amtsbezirk Karstadt haben sich die sozialdemokratische, Deutsch-demokratische Partei und die Zentrum geeinigt, für die Wahl der Bezirksräte und der Kreisabgeordneten eine gemeinsame Wahlvorschlagsliste vorzulegen, in welcher die Kandidaten nach der Stärke der einzelnen Parteien bei der Wahl zur Nationalversammlung verteilt sind. Da dieser Wahlvorschlag als gültig festgestellt wurde, hat im Amtsbezirk Karstadt eine Stimmgebung für die Wahlen der Bezirksräte und Kreisabgeordneten nicht mehr zu erfolgen. Wir werden am 18. Mai also lediglich die Gemeindevorwahlen zu wählen haben.

Eszenau, 4. Mai. Heute nachmittag fand im Hofhaus zum „Hirsch“ eine öffentliche Volksversammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufwies, auch die Ortsbehörde war vertreten. Der Referent, Staatsrat Karum-Karlsruhe sprach über „Kommunal- und Ortspolitik“. In leicht verständlicher Weise legte er den Anwesenden dar, welche Wege gegangen werden müssen, um eine gesunde Gemeindepolitik zu erziehen und zu erhalten. Mehrere erhielt allseitigen Beifall. Möge das Resultat der Versammlung bei den Wahlen zum Ausdruck kommen.

Guggenau, 8. Mai. Da für die Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten nur eine gemeinschaftliche Vorschlagsliste vom Zentrum, Sozialdemokratie und Deutschdem. Partei eingereicht wurde, gelten die der Reife nach Vorgelegenen als gemischt und findet somit am 18. Mai nur die Wahl zu den Gemeindevorwahlen statt.

Miesel am Kaiserstuhl, 10. Mai. Hier fand unter den Parteien eine Einigung für die Gemeindevahlen statt.

Stullendorf, 10. Mai. Zur „Wahrung des Bürgerfriedens“ (1) beschlossen die Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten bei den bevorstehenden Gemeindev-, Bezirksrats- und Kreiswahlen eine gemeinschaftliche Liste aufzustellen. (Wir haben unsern Standpunkt zu betragigen Ausbändeln gestern bereits geäußert. Die Red.)

### Aus der Partei.

#### Note Kahne!-Verleumdung.

Gen. Dr. F. B. Duf (Heidelberg) schreibt uns: In einer Notiz der Mannheimer „Noten-Kahne“ vom 26. April 1919 wird im Anschluß an meinen im „Volkstempel“ erschienenen Artikel „Zur Sozialisierung der Schwerindustrie“ die Behauptung aufgestellt, ich hätte „bis zum November in Wort und Schrift die Politik des alldeutschen Kriegsheers Reventlow vertreten“. Dem geistigen Urheber dieser Verleumdung, der sich selbst richtet, dadurch, daß er einen politischen Gegner nicht sachlich bekämpft, sondern persönlich anrempelt, bin ich keine Redenshaft über mein politisches Wirken schuldig. (Ich verweise ihn in den Kreis seiner parteipolitischen Führer, wo er ohne viel Spitzfinden sehr schnell manchen ehemaligen Reventlow-Anhänger erkennen kann.) Ich bedarf auch keiner Rechtfertigung gegenüber meinen Mannheimer und Karlsruher Bekannten oder meinen Lesern, die es wissen, wie ich während des Krieges die alldeutsche Politik und darüber hinaus die Opportunismuspolitik der Regierung rückwärts bekämpft habe, so daß ich mit so ernsthaften Gegnern der Alldeutschen wie den Leitern der „Deutschen Korrespondenz“ wegen meiner passivistischen Einstellung in Konflikt geriet. Viele davon wissen auch, wie ich wegen meiner wirklich ununterbrochenen Bekämpfung der Politik des alten Systems der üblen Nachreden und Verleumdungen der Rüstler und Späher ausgefegt war, wie ich wegen angeblicher „Beeinflussung des „Neuen literarischen Kreises Heidelberg“ im Sinne Karl Liebknechts“ bei den höchsten militärischen Behörden unangenehm verächtlich wurde.

Der Deffentlichkeit jedoch, die von der „Noten Kahne“ in so hegeändender Weise irreführt wird, will ich gern das ganze sachliche Material zur Prüfung unterbreiten: meine wichtigsten Veröffentlichungen vor der Revolution. Ich nenne die in den Jahren 1918—1918 geschriebenen Aufsätze ausgeprochen politischer Natur im „Neuen Deutschland“ über A. D. Fried (1. 5. 1918), mein Wort für F. W. Foerster (1. Febr. 1918), in der „Zat“ meine Arbeit über Heiler (Nov. 1918) und die von der Zensur (natürlich wegen alldeutscher Gesinnung!) verurteilte Besprechung der anti-alldeutschen Widererrie „Der Tag des Deutschen“ (Jan. 18); weiter meine Aufsätze in der „Schubühne“ vom 6. u. 20. Sept. 1917 und im „März“ sowie eine gleichfalls damals geschriebene, im passivistischen „Völkerverbund“ veröffentlichte Broschüre „Die überstaatlichen Kräfte der Gegenwart“. Wer danach behaupten kann, ich hätte bis zur Revolution die Politik Reventlows vertreten, ist ein beruhter Lügner. D. F. B. Duf.



# Mitbürgerinnen und Bürger!

In kürzester Zeit, wo ein übermütiger Feind Deutschland seine vernichtenden Bedingungen diktirt, tritt die sozialdemokratische Partei an die Bürgerchaft heran, um zu den bevorstehenden städtischen Wahlen Stellung zu nehmen und ihr Programm darzulegen. Es ist das gleiche wie früher. Die sozialdemokratische Partei hat es nicht nötig, ihren Namen zu ändern, oder ihre Grundzüge zu verkleinern, deren Wahrheit durch die Kriegnot des Volkes erneut bestätigt wurde.

Wenn man die Wahlenfrage der bürgerlichen Parteien durchschaut, so finden sich da und dort zum Teil offene, zum Teil verdeckte Spitzen gegen die Sozialdemokratie, die man für das verantwortliche machen möchte, was andere verbrochen haben.

Es ist richtig, die Stadt leidet unter einer **Schuldenlast von 80 Millionen Mark,**

die infolge kriegswirtschaftlicher Maßnahmen der Stadt aufgenommen werden mußte. Aber wir sprechen den bürgerlichen Parteien das Recht ab, zu jammern und zu klagen über die Herrschaft der räuberischen Finanzmänner. Es sind die Folgen des Krieges und der kapitalistischen Mißungspolitik. Die Mißungspolitik wurde aber von den bürgerlichen Parteien unterstützt, nicht von der Sozialdemokratie. Noch im Jahre 1912 hat das Karlsruher Bürgertum anstelle eines sozialdemokratischen Mißungsgenerals einen außerordentlichen Mißungsfreund, den Herrn Dr. Ludwig Haas, mit Stimm in den Reichstag gewählt, welcher letzterer mit neuen unerhörten Mißungen und der Verbrüderung die ganze Welt herausgefordert hat, jedoch der Krieg unaussprechlich war. Jetzt die niederkämpften Friedensbedingungen und vergrößert damit, was

**die Macht- und Mißungspolitik, die alle bürgerlichen Parteien mitmachten,**

angereicht hat. Das, was gekommen ist und kommen mußte, ist auf das Schuldbuch der Kriegsherren und Kriegverlängerer zu setzen, die in den bürgerlichen Parteien sitzen, aber nicht in der Sozialdemokratie.

Nicht die Sozialdemokratie, die der Mißungspolitik keinen Mann und keinen Groschen bewilligte, führt die Schuldlos. Sie will aber mitthelfen, das durch die Sünden des alten Systems zusammengebrochene und verarmte Volk auszurichten und die Verhältnisse nach Möglichkeit zu bessern. Das ist nur möglich

**auf dem Boden sozialistischer Grundsätze,**

die insbesondere auch in der Kommune zur Geltung kommen müssen.

Als hauptsächlichste prinzipielle Forderungen erheben wir folgende:

Nach Beilegung der Klassenwahl, jenes brutalen Gewaltmittels der bürgerlichen kapitalistischen Politik, verlangen wir als erstes

**eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute Gemeindeverwaltung,**

die nur gleichberechtigte Gemeindebürger kennt und Gemeindebeamte, die die Beschlüsse der Gemeindeverwaltung auszuführen haben. — Abstieg aller brauchbaren Beamten und Verwendung aller tüchtigen Bürger ohne Unterschied des Berufes oder des Geschlechtes bis zu den höchsten Stellen. Größtmögliche Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten bei Besetzung städtischer Ämter.

Als zweites verlangen wir **progressiv steigende Abwälzung der Lasten auf die tragfähigen Schultern.**

Es sollen in der Hauptsache diejenigen zahlen, die können und die unteren Einkommen mehr geschont werden als leichter. Die direkte Besteuerung verdient den Vorrang vor der indirekten, da nur so die großen Vermögen und Einkommen wirkungsvoll gefolgt werden können.

Drittens verlangen wir **eine gründliche Schulreform — die Einheitschule,**

d. h. ein organisiertes Schulsystem, das alle Schulaufgaben umfaßt und es jedem Kinde ermöglicht, die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu erlangen. Schulgeld und Lehrmittel müssen frei sein, auch für diejenigen, die kraft ihrer Verlegung in höhere Schulen zugelassen werden.

Als viertes verlangen wir eine **muffergiltige soziale Fürsorge,**

zunächst eine ausreichende Bezahlung der städtischen Arbeiter und Beamten, im übrigen soziale Fürsorge auf allen Gebieten: paritätische Arbeitnahme, Arbeitslosenversicherung, unentgeltliche Unterkunft in Notfällen, Organisation der Hauspflege, Kommunalisierung des Metzgerei- und Postbetriebs, Hilfe für Schwärmer und Waisen, Unfallversicherungen, Able und Waisenhallen für Obdachlose, Fürsorge für arbeitsunfähige Arme, Jugendwaisen, etc.

Den Kriegsbeschädigten sollen die Vorteile der sozialen Fürsorge in erster Linie zufließen.

Vor allem verlangen wir

**Fürsorge für gute und billige Nahrungsmittel**

durch Regelung ihrer Zufuhr und Ueberwachung ihres Verkehrs. Die in bürgerlichen Wahlen verlangte Aufhebung

der Zwangswirtschaft machen wir nicht mit. Die Zwangswirtschaft kann erst aufgehoben werden, wenn wir wieder Ueberproduktion an Nahrungsmitteln haben. Die Minderbemittelten wollen auch leben, nicht nur die Reichen.

Fünftens ist notwendig

**eine großzügige Wohnungsreform.**

Eine solche wurde schon vor Jahren von sozialdemokratischer Seite wiederholt vergebens verlangt. Das rückt sich jetzt schwer. Wären die sozialdemokratischen Maßnahmen befolgt worden, hätten wir heute um Karlsruhe einen Kranz blühender Wohnungsbedingungen und die jetzt bestehende beispiellose Wohnungsnot wäre bedeutend gemildert. Wir bestehen auf Verbeibaltung und Ausbau des Mieteinigungsamtes als ständige Einrichtung. Im Zusammenhang damit verlangen wir möglichst schnellen Ausbau unseres Straßenbahnnetzes.

Siebte fordern wir: **Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens**

in der Weise, daß eine allgemeine einfache Bestattungskasse eingeführt wird, die vollkommen gebührenfrei ist. Wer etwas besonderes haben will, soll es bezahlen.

Achtens ist

**die Mitarbeit der Frauen,**

besonders bei den sozialen Institutionen der Stadt (z. B. Jugendpflege, Schulfragen, Hauspflege, Armenfürsorge, Nahrungsmittelfürsorge usw.) dringend notwendig. Wer soll besser zur Mitarbeit auf diesen Gebieten herangezogen werden, als die Frauen, deren ganze Lebensorgane sich in diesen Fragen erschöpfen. Die sozialdemokratische Partei verlangt schon von jeder das Wahlrecht und die Wählbarkeit der Frauen als Programm punkt. Aber die bürgerlichen Parteien lehnen dem solange Widerstand entgegen, bis die Revolution der Enttötung der Frau ein Ende machen mußte. Erst vor knapp 24 Jahren, am 27. Juni 1918, haben im badischen Landtag die reaktionären bürgerlichen Parteien mit Hilfe des Zentrums, das sich heute besonders als Frauenpartei auftritt, das Wahlrecht der Frauen, zu den Gemeinden niedergestimmt. Jetzt sollen die Frauen gut genug sein, die bürgerlichen Parteien die benötigte Wählbarkeit zu leisten.

Darum Wählerinnen und Wähler

**keine Stimme der bürgerlichen Partei, wählt die sozialdemokratische Liste!**

Frauen und Männer! Die Verantwortung für das, was kommt, ist auch durch Verletzung des gleichen Wahlrechts aufgedrückt. Ihr habt die Pflicht, euer Recht im Interesse eurer selbst und der Allgemeinheit auszunutzen.

Keine Frau, kein Mann darf auf sein Wahlrecht verzichten. **Vorwärts und Aufwärts!**

## Der Wahlauschluß der sozialdemokratischen Partei.

### Sozialdemokratische Wählerversammlung.

Die auf gestern abend anberaumte Wählerversammlung der sozialdemokratischen Partei hätte besser besucht sein dürfen. Dasselbe Bild bot sich bei den beiden vorhergehenden bürgerlichen Wählerversammlungen. Gen. Stadtrat G. Ged eröffnete die Versammlung. Er gedachte zunächst der durch die Friedensbedingungen geschaffenen doppelten schweren Zeit. Vor allem sei es notwendig, daß im Innern Ruhe und Ordnung herrsche. Als erster Redner sprach

Genosse Stadtrat Sauer.

Der etwa folgendes ausführte: Den Kommunalwahlen muß das größte Interesse entgegengebracht werden, sie sind gerade so wichtig wie Reichs- und Landeswahlen. In den Gemeinden muß den in diesen Körpern dasen bestellten Gesetzen erst Leben eingehaucht werden. Redner verwies auf die stille Arbeit in den Kommissionen der Gemeindeverwaltungen. Die Gemeinde ist eine lebendige Wirtschaftsorganisation, wo Spezialkenntnisse notwendig sind.

Die Arbeit der Kommune hat dazu beigetragen, daß während des Krieges alles in Ordnung blieb, das gleiche gilt von dem Verlauf der Revolution. In unseren Gemeindeverwaltungen hat letztere allerdings nicht so tief eingegriffen, auch in Karlsruhe nicht. Das neue allgemeine, direkte, gleiche Wahlrecht ist ein Fortschritt, aber es genügt nicht, denn auch die Bürgermeister sollen durch das direkte Wahlrecht gewählt werden. Weiterhin ist notwendig, daß die Gemeinden

Selbstverwaltungsrecht

besitzen. Am 18. Mai finden aber noch die Kreisabgeordnetenwahlen statt, die in der Vergangenheit wenig Beachtung fanden, trotz ihrer Wichtigkeit. Weiterhin gehen am gleichen Tage auch die Bezirksratswahlen vor sich. Nur vereinzelte Vertreter unserer Partei fanden bisher im Bezirksrat Eingang, obwohl die eine sehr wichtige Körperchaft ist. Diesen beiden Institutionen ist wenigstens die gleiche Bedeutung beizumessen, wie Land- und Reichstag.

Zu den Gemeinden zurückkehrend, verweist Redner auf die große Schuldenlast der Stadt Karlsruhe mit 80 Millionen Mark, an der der Krieg sein gerüttelt Maß Schuld trägt. Der alte Bürgerauschuß hatte nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Umlageerhöhung vorzunehmen, denn die neue Gemeindeverwaltung braucht nicht gleich die Sünden des alten hüpfen.

Recht werden alle Parteien um die Gunst der Wähler. Eine der wichtigsten Frage ist die der

Sozialisierung;

die bildet ein Schlagwort. Die Deutsch-Nationalen sind stürke Gegner derselben. Die Sozialisierungsfrage ist keine Geburt der Revolution, sie wurde schon 1917 angeht der Abtragung der ungeheuren Reichsschulden berührt. Die Revolution hat die Frage nur beschleunigt durch den unglücklichen Kriegsausgang. Die Städte müssen ihrer Schuldenlast wegen ebenfalls zur Sozialisierung greifen, auch die Stadt Karlsruhe, wo sie seit Jahren in der Praxis umgesetzt ist, z. B. die städt. Werke. Dies ist vor allem dem Einfluß der Sozialdemokratie auf dem Rathaus zu verdanken. Wenn es z. B. privaten Bauunternehmern nicht gelingt, das Wohnungsweien zu beheben durch Neubauten, dann muß eben die Stadt helfen. Es ist aber sehr nahelegend, daß Karlsruhe in absehbarer Zeit für ihren eigenen Bedarf eine Fabrik und Metzgerei errichten muß. Eine weitere wichtige Frage ist die der

Lebensmittelversorgung,

der minderbemittelte Teil der Bevölkerung hat sich mit der

Zwangswirtschaft abgefunden, die Gemeindeverwaltungen können den Karren nicht mehr laufen lassen wie vorher, z. B. vor allem in der Milchversorgung. Eine große Rolle spielt auch die

Stellung der Arbeiter und Beamten in der Gemeinde.

Es kommt die Zeit, wo die Arbeit höher angesehen wird wie bisher. Die soz. Vertreter haben nichts veräußert, die Lage der Arbeiter und Beamten zu beheben. Hoffentlich wird die Sozialdemokratie viel stärker ins Rathaus einziehen. Dazu müssen auch die

Frauen mitthelfen

Alle Parteien haben wieder schmeichelehafte Reden. Es ist falsch, sie nur auf die Art fürs politische Leben zu interessieren. Hätte man den Frauen schon länger das Wahlrecht gegeben, so hätten sie es bei den letzten Wahlen besser ausgenutzt. Mögen sie diesmal gegenüber der Sozialdemokratie, die ihr das Wahlrecht gegeben, ihre Pflicht besser erfüllen. Mögen die Kriegervrauen auch an die Kräftezeit denken, wo ihnen die Sozialdemokraten die besten Ratgeber und Helfer waren. Die Gemeindevätern müssen die Revolution befehlen. (Lebh. Beifall.)

Nach dem Gen. Sauer ergriß

Arbeitersekretär Pruff

das Wort, der u. a. ausführte: Das herorstechendste Merkmal unserer Zeit ist der

schlechte Gesundheitszustand

unseres Volkes, das was der Mensch vor dem Kriege gebraucht hat, haben die Verräte während des Krieges immer weniger für nötig gehalten, so besonders mit Eiweiß und Fett. Das dieser Zustand unhaltbar, leuchtete jedem ein, nur verschiedene Meinungen und Hypothesen nicht. Die Folgen sind: Tuberkulose und andere Krankheiten. Die Sterblichkeit in Baden hat mehr als dreifach zugenommen, Tuberkulose besonders auch in Karlsruhe. Kommt keine Abhilfe, so steigt die Sterblichkeit noch mehr. Es genügt nicht allein die Behandlung der Kranken, die oft keinen Wert besitzt. Die Krankheitsverhütung ist der beste Schutzwall gegen Krankheiten. Hier hat die Gemeinde ein weites Feld. Gerade die Gesundheitsreinigung, Kanalisation, Wohnungs- und Trinkwasserreinigung spielen eine wichtige Rolle. Diese Forderung hat die Sozialdemokratie stets unterstützt. Die Badeanstalten, Sommerhäuser dürfen durch hohe Preise für die Minderbemittelten nicht verschlossen werden. Spiel- und Sportplätze sind notwendig. Unsere Bevölkerung muß von der frühesten Jugend an ärztlich überwacht werden, die

Säuglingsfürsorge

ist weiter auszuweiten. Hierin steht überhaupt Deutschland nicht am günstigsten da. Das Schulartzhite ist mangelhaft und muß besser ausgestattet werden, ebenso die Ferienkolonien. Die ärztliche Fürsorge auf die Erwachsenen muß ebenfalls stattfinden. Das

Ernährungsweien

ist der Eckpfeiler der Gesundheit. Warenverteilung und Preisbildung sind hier wichtige Faktoren. Das

Wohnungsweien

spielt eine außerordentliche wichtige Rolle in der Hygiene. Es ist ein schlechter Stand an die Arbeiter, wenn man ihnen nicht mal eine rechte Wohnung geben kann. Hier muß bei den militärischen Verwaltungen rücksichtslos eingegriffen werden. Die Gefangenenspektion von 50 Mann in der Artilleriekaserne in Mühlburg braucht eine halbes Jahr zur Abtragung. Die Verstellung hatte Erfolg, denn 20 Familien fanden Unterstichpunkt. Es geht nicht an, daß Wohnungen von Militärbüros belegt werden, ebenso ist es notwendig, daß den Willen besser in auf den Leib gegangen wird. In Deutschland sollte jeder Staatsbürger nur eine Wohnung haben

dürfen, wenn mehr, dann muß Enteignung stattfinden. Das Mieteinigungsamt und das Wohnungsamt müssen besser ausgebaut werden. Da die Neubautätigkeit sich hauptsächlich an der Peripherie der Stadt entfalten wird, so ist deshalb auch ein Ausbau der Verkehrsmöglichkeiten, der Straßenbahn, erforderlich.

Unser Volk ist aber auch sittlich krank, das zeigt die Steigerung der Kriminalität. Um eine Gefundung herbeizuführen, ist das beste Mittel:

Unsere Volksschule.

Wir verlangen eine bessere Schule, erst dann wird das Wort von der freien Wahl dem Tüchtigen wahr, wenn dem Tüchtigen auch die benötigte Ausbildung gegeben war. Wir verlangen die Einheitschule, Befreiung der Volksschulen, obligatorischer Besuch der Volksschule durch sämtliche Kinder, Ermöglichung des Eintritts in die höheren Schulen und Hochschulen nach der Bezahlung, Schulgeldfreiheit und Lernmittelfreiheit. Ebenso sind auch die nötigen Volkshilfsbestrebungen zu fordern. Der Stadtgarten muß der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Wenn die herrschenden Klassen so über die Kinofeinde schelten, so muß man sie fragen, was sie denn getan haben, um dem Volke Besseres zu bieten? Wir verlangen die Ausgestaltung des Landbestandes zu einer Kunststätte für die große Masse des Volkes. Des weiteren beschäftigte sich Redner mit dem städtischen Armenwesen, das vor dem Kriege ein Schandfleck unserer Kultur war; mit der Erwerbslosenfürsorge und der Steuerpolitik, um zum Schluß die Frage der

Sozialisierung

zu behandeln. Er wies hierbei auf die künftige Bedeutung des kommunalen Sozialismus hin. Auch dieser Wahlkampf, so schön der Redner seine eindrucksvollen Ausführungen, wird im Zeichen des Sozialismus geführt, möge die Wählererschaft dazu beitragen, daß die die städtischen Gemeindevätern einen Markstein auf dem Wege zum Endziel des völkerverfremdenden Sozialismus sein werden. — Auch dieser Redner fand lebhaften Beifall. Eine Aussprache wurde nicht befohlen. Gen. Ged schloß die Versammlung mit dem Hinweis auf die am Montag stattfindende Frauenversammlung.

### Vereinsanzeiger.

**Karlsruhe.** (Freie Turnerschaft.) Sonntag, 11. Mai, Vereinsturnfabri nach der Barbarapelle zur Beteiligung am Stiftungsfeste der „Naturfreunde“. Abfahrt vormittags 7.48 Uhr vom Altbahnhof nach Wudenbach. Unsere Mitglieder empfehlen wir dringend, sich mit Bagelarten zur Fahrt nach Wudenbach und zurück zu versehen. Diejenigen sind im Lokal „Gambusinsballe“ von heute nachmittag 4 Uhr an erhältlich. Umtauschkarten sind abzugeben. Zahlreiche Beteiligung erwartet 8.00 Der Turnrat.

**Karlsruhe-Mühlheim.** (Sozialdemokratischer Verein.) Heute abend 8 Uhr in der „Friedrichstrone“ Mitgliederversammlung. Um zahlreiches Erscheinen ersucht 8.00 Der Vorstand.

**Gausfeld.** (Sozialdem. Verein.) Heute Samstag abend 8 Uhr findet im „Sirdy“ Parteiverammlung statt. Vollständiges Erscheinen wünscht 8.00 Der Vorstand.

**Verantwortlich:** Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Penulten Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

### Ermerbt das badische Staatsbürgerrecht

**Residenz-Theater.**  
Spielpläne von Samstag bis einschl. Dienstag

<b>Waldstr. 30</b> Tel. 5111 Schillerstr. 22 Durlach Grüner Hof	<b>Ada van Ehlers</b> in dem vieraktigen Lustspiel <b>Erblich belastet</b> Die Geschichte einer Ehe. Ein Film im Dienste der Aufklärung. <b>Papa Krause</b> Lustspiel in drei Akten. Sonntag nachmittags von 2-4 Uhr grosse Jugend-Vorstellung	<b>Eine Nacht in der Stahlkammer</b> — Detektivfilm — in 3 Akten. In der Hauptrolle <b>Harry Liedtke.</b> <b>Konrad Dreher</b> in <b>Der müde Theodor</b> 8 Akte. Sonntag nachmittags von 2-4 Uhr grosse Jugend-Vorstellung
---	--	--

**Henny Porten**  
in dem köstlichen Lustspiel **Ihr Sport.** 8418  
Auch Sonntag wird das kompl. Programm gezeigt

**Städtisches Konzerthaus.**  
Samstag, den 10. Mai 1919. 8398  
Vorstellung des Badischen Landestheaters.  
Samstagsmiete Nr. 29. Zum **erstenmal:**  
**Die Bürger von Calais.**  
Bühnenspiel in drei Akten von Georg Kaiser.  
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/10 Uhr.

Sonntag, den 11. Mai 1919.  
Vorstellung des Badischen Landestheaters.  
Sondervorstellung zu ermäßigten Preisen.  
**Alt-Heidelberg.**  
Schauspiel in fünf Akten von Wilhelm Meyer-Förster.  
Anfang 2 Uhr. Ende 1/4 Uhr.

Sonntag, den 11. Mai 1919.  
Vorstellung des Badischen Landestheaters.  
Sonntagsmiete Nr. 5.  
**ELEKTRA.**  
Tragödie in einem Akt von Hugo v. Hofmannsthal.  
Musik von Rich. Strauss.

**Spielplan vom 11. bis 18. Mai.**  
Im Konzerthaus. Sonnt. 11., nachm. 2 (Sondervorst.) **Alt-Heidelberg** (70 Bg. bis 8 M. 20 Bg. abends 7 (So. 6.), **Elektra**. — Mont. 12. (No. 81.) **Der Revolutionär** 7. — Dienst. 13. (Die. 82.) **Die Bürger von Calais** 7. — Mittw. 14. (Sondervorst. keine Preise) **Die Rosenkranz- und Gräfin** 7. — Donnerst. 15. (Do. 82.) **Das Glöckchen des Eremiten** 7. — Freit. 16. (Fr. 80.) **Die deutschen Kleinstädter** 7. — Samst. 17. (Sa. 81.) **Hänsel und Gretel** 7 1/2. — Sonnt. 18., nachm. 2 (Sondervorst.) **Herrschaffner D'ener geliebt** (70 Bg. bis 8 M. 20 Bg.). abends 1/7 (So. 6.) **Don Juan**. — Im Landestheater in Baden-Baden. Mont. 12. Erste der Mozart-Aufführungen. **Die Entführung aus dem Serail** 5 1/2. — Mittw. 14. Zweite der Mozart-Aufführungen. **Don Juan** 1/5. — Freit. 16. Dritte und letzte Mozart-Aufführungen. **Così fan tutte** 1/5.

**Flechter's Wunder**  
off. Füsse, Krampfadern, Krampfadern heilt sogar in verzwelft. Fällen mit oft überraschendem Erfolg die **naufbildende** schmerz- u. juckreizstillende **„Vater Philipp-Salbe“**. Preis 2. — u. 8.75 Mk.; überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen u. bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei **Tatzen-Laboratorium, Szittkehen-Rominten 7.**

**Todes-Anzeige.**  
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern Lieben Vatter, Vater und Großvater  
**Anton Detscher**  
Fabrikarbeiter  
im Alter von 64 Jahren nach langer, schwerer Krankheit am 8. Mai, abends 6 1/4 Uhr, in ein besseres Jenseits abzurufen.  
Wir bitten um stille Teilnahme.  
**Die trauernden Hinterbliebenen:**  
Karlsruhe, den 9. Mai 1919.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 1/2 Uhr statt. 8406  
Trauerhaus: Rudolfstraße 9, Stb. 3. St.

**Aufgebotsverfahren.**  
Herr Konditor Hermann Richard Wallin hier, Albenstraße 19, hat als Inhaber der elterlichen Gewerbe über seinen Sohn Richard Wallin, geboren am 10. 8. 1904, den Antrag gestellt, daß diesem als alleinigen Erben seiner verstorbenen Stiefmutter Anna Wallin, geb. Frömbgen gehörige, auf den Namen der letzteren lautende Sparbuch Lit. R. Nr. 2752 mit einer Einlage von 5499 M. 20 Pf. für kraftlos zu erklären.  
Der Inhaber des genannten Buches wird daher aufgefordert, solches innerhalb eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen und seine Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Kraftlosklärung erfolgen wird. 8420  
Karlsruhe, 8. Mai 1919.  
Stadt. Sparfassenamt.

**Der Wahre Jacob ist erschienen.**

**An die Angestellten des Kohlenhandels!**  
Berufsgenossen!

Die Regierung sozialisiert den Handel, gefährdet unsere Existenz und die unserer Angehörigen, aber **uns selbst übergeht** sie.  
Nur die kaufmännischen Angestellten der von der Sozialisierung nicht betroffenen Kohlen-Erzeugung sollen in dem Sachverständigen-Ausschuss für die Beratung des Kohlenwirtschaftsgesetzes vertreten sein und zwar mit einer Stimme.  
Die Techniker — bei einer Sozialisierung des Handels! — sollen 2, die Handelsunternehmungen 3, das Heer ihrer kaufmännischen Angestellten jedoch 10  
**keinen Vertreter**  
im Sachverständigen-Ausschuss haben!  
Über unsere Köpfe hinweg sollen unsere speziellen Interessen jetzt und später entschieden werden. **So handelt die Regierung bei einer Sozialisierung an den wirtschaftlich Schwachen.**  
Berufsgenossen! Auf zum Zusammenschluss für unsere Existenz und den Kampf um berechnete Forderungen heute und in Zukunft.  
Endgültige Beschlüsse sind regierungsseltig bereits für den 15. Mai geplant.  
**Sofortige Meldungen** (auch soweit örtliche Ausschüsse bereits Schritte getan haben) an den  
**Ausschuss der Kohlenhandels-Angestellten von Mannheim-Ludwigshafen**  
i. A.: Max Eich, Mannheim, Hansahauss.  
3422

**Z. V. Zentral-Verband der Handlungsgehilfen**  
Bezirk Karlsruhe.  
Büro: Erbprinzenstraße 17.  
Sprechstunden v. 1-5 Uhr nachmittags.  
Sonntag, den 11. Mai,  
**Rucksacktour**  
Abfahrt 8 Uhr nach Gaggenau. Zusammenkunft 7 1/2 Uhr am Hauptbahnhof. Fahrgehalt M. 1.30 bereithalten.  
Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. 8425  
Der Vorstand.

**Lehrling**  
oder Lehrkräften für Zahntechnik gesucht.  
Geht Offerten unt. Nr. 150 an das Volksfreundbüro.

**Schlafzimmer**  
Wohnzimmer  
Küchen  
in grosser Auswahl und zu billigsten Preisen bei freier Lieferung auch nach auswärts. 8400  
**Möbelhaus Gebr. Bär**  
Kaiserstrasse 111 und 115  
Eingang Adlerstrasse  
Telefon 4997.

**Rucksack**  
Hoff u. breit. Lederriemen von 18 M. an.  
**Schulranzen**  
Mendelssohnplatz 3,  
Eingang Kriegstraße.

Es ist beabsichtigt, den Feldweg an der Südseite des Fabrikanwesens der Gesellschaft für Brenerei, Spiritus- und Breibehälterfabrikation vorwärts G. Sinner in Karlsruhe-Grünwinkel beim Zusammenreffen der zukünftigen Alfelder- und Kopfenstraße und zwar je etwa 50 m dieser Straßen von Schnittstelle aus, einzurichten. Als Ersatz soll ein neuer Feldweg durch Verbindung der obengenannten Punkte der Alfelder- und Kopfenstraße angelegt werden.  
Etwaige Einwendungen gegen die beabsichtigte Eingliederung wären frühestens am 15. ds. Mts. beim Bürgermeistereiamt geltend zu machen.  
Ein Plan, aus dem die beabsichtigten Veränderungen zu ersehen sind, kann auf dem Rathaus, Zimmer 00, eingesehen werden.  
Karlsruhe, den 7. Mai 1919. 8426  
Der Stadtrat.

**Weißer Käse.**  
Verkauf von weißem Käse Samstag, den 10. Mai und Montag, den 12. Mai 1919 in den Feilberaufstellen Nr. 261, 262 und 263 an die dort eingetragene Kundenschaft gegen die Warenmarke J. Nr. 111.  
Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis M. 1 für das Pfund.  
Karlsruhe, den 9. Mai 1919. 8416  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Zur Beachtung!**  
Die Geschäftsräume des städtischen Nahrungsmittelamtes und der Kartensstelle sind an Samstagen nur bis ein Uhr geöffnet.  
Karlsruhe, den 9. Mai 1919.  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Aufforderung.**  
Eislichhandel usw. betr.  
Unter Hinweis auf die im Karlsruher „Volksfreund“ in der Nummer vom 28. April 1919 erschienene Briefkastennotiz an „G. P. J. N. Offenburger“ erlauben wir die in Betracht kommenden Einlasser um Mitte Juni bzw. Befanggabe der tatsächlichen Grundlagen für die angestellten Behauptungen unter Angabe des Namens des gemeinteten Eislichhändlers pp. um gegen diesen entsprechende Vorzugehen.  
Die Allgemeinheit, insbesondere die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, die Angelegenheit aufgeklärt zu wissen. 8424

**Arbeiterrat Offenburg.**  
Tüchtiger  
**Holzdreher**  
zu sofortigem Eintritt gesucht. 8423  
**Markstahler & Barth**  
Karlsruhe 67.

**Stärke Prädige Wägelchen**  
sind noch zu haben. 8415  
Durlacherstr. 16.

**Hermelin kaninchen**  
zu verkaufen. Günstigere mit oder ohne Jung u. B. Dauer, Karlsruhe, Mühlburg, Ruitstr. 1 a. 11. 8401

**Trauerhüte**  
in reicher Auswahl stets vorrätig 8428  
**L. Weingand, Karlsr.-Mühlburg.**

**Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.**  
Den werten Genossinnen und Genossen von Rastatt zur Kenntnis, daß ich unter heutigem eine  
**Brot- und Feinbäckerei**  
eröffnet habe. 8414  
Um gütige Unterstützung und Zuspruch bitte  
**Genosse Karl Veit, Bäckermeister,**  
Rastatt, Werderstraße 23.  
Kundenbrot wird zum backen angenommen.

**Daniels Konfektions-Haus**  
Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe Telefon 1846  
**Frühjahrs- und Seiden-Mäntel, Seiden- und Moire-Jacken, Jackenkleider, Röcke, Blusen, Seiden- und Voile-Kleider.**  
Billige Preise Keine Ladenspesen.

**Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei**  
Karlsruhe, Adlerstrasse 16  
empfiehlt:  
**Die neue Gemeindeordnung**  
Preis 2.50 Mark, Porto 10 Pfennig.  
**Die Gemeinde-, Bezirks- und Kreiswahlen**  
Preis 40 Pfennig, Porto 5 Pfennig.  
**Die neue badische Verfassung**  
mit Porte 70 Pfennig.

**Welt-Kino**  
Kaiserstrasse 133.  
Alleiniges Erst-Aufführungsrecht!  
Letztes Abenteuer des berühmten Detektivs  
**Sherlock Holmes**  
**Die Kassetten.**  
Spannender Detektivschlager in vier Akten von Paul Rosenhahn.  
In der Hauptrolle: **Hugo Flink.**  
**Brösings sind geädelt.**  
Urgelungenes Lustspiel in drei Akten mit  
**Helene Voss.** 8419

**Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.**

**Colosseum.**  
 Gastspiel von Degg's Bauerntheater  
 Samstag, den 10. Mai 1919  
**Der 7. Bua!**  
 Bauernkomödie in 8 Akten von Neal & Ferner.  
 Sonntag, den 11. Mai 1919  
 nachmittags 4 und abends 8 Uhr:  
**Im Herbst - Manöver!**  
 Volksstück in 3 Akten von Karl Froy.

**Anabhäng. Soz. Partei Karlsruhe**  
 Bezirk Oststadt.  
 Montag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, in der  
 „Arauc“, Ede Georg-Friedrich-Strasse  
**Öffentliche**  
**Wähler-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 „Die U. S. P. und Gemeindegewahlen“.  
 Referent: Georg Dietrich.  
 — Männer und Frauen erscheint zahlreich.  
 — Freie Aussprache!

**Bekanntmachung.**  
 Die Auszahlung der Entlassungsgelder an  
 aus dem Heeresdienst entlassene Mannschaften  
 findet nunmehr  
 jeden Freitag von 9-1 Uhr  
 der Anlauf von Entlassungssängern z.  
 jeden Donnerstag von 9-12 Uhr  
 in der Kaserne des Feld-Inf.-Regts. Nr. 50 (beim  
 Krankenhaus) statt.  
 3411 **Bezirkskommando Karlsruhe.**

Infolge des Streiks im Ruhrgebiet sind seit 20.  
 d. Mts. die Kohlenlieferungen für die süddeutschen  
 Gaswerke eingestellt. Vor Ende Mai sind Neulieferungen  
 nicht zu erwarten. Um mit den noch vorhandenen ge-  
 ringen Vorräten auskommen zu können, wird die Ein-  
 wohnerzahl um mögliche Einschränkung des Gas-  
 verbrauchs gebeten.  
 Die Penzierung des Gases ist nur in den folgenden  
 Stunden gestattet:  
 morgens von 5 1/2-8 Uhr,  
 mittags von 11-1 1/2 Uhr,  
 abends von 6-11 Uhr.  
 1408  
 Karlsruhe, den 8. Mai 1919.  
 Der Stadtrat.

**Bekanntmachung.**  
 Die im letzten Sommer beobachtete starke Zunahme  
 der Raupenplage hat Veranlassung gegeben, die Fraße-  
 der zu ihrer Bekämpfung vorhandenen Mittel einer  
 näheren Prüfung zu unterziehen. Nach Ansicht der  
 vom Ministerium des Innern gebildeten landwirtschaft-  
 lichen Sachverständigen ist zu diesem Zweck die Ver-  
 wendung des Schwefelkohlenstoffes, insbesondere in Form  
 des Uran-Äthyls besonders geeignet, wobei jedoch  
 zur Vermeidung etwaiger gesundheitlicher Nachteile bei  
 Anwendung dieses Mittels empfohlen wird, von Ge-  
 meinde wegen zuverlässiger Personen mit seiner An-  
 wendung zu betrauen. Auf Vorschlag unseres Land-  
 wirtschaftsamtes werden wir daher die Vertilgung der  
 gefährlichsten Gattung der Raupen auf den Obstbäumen der  
 städtischen Gemarkung unter Aufsicht des Landwirt-  
 schaftsamtes durch die städtischen Feldhüter durch-  
 führen lassen. Die Kosten der Vertilgung werden durch  
 Befehle mit Uran-Äthyl auf Kosten der Obstbaum-  
 besitzer vorzunehmen lassen.  
 Im Hinblick auf die Bedeutung einer wirksamen  
 Bekämpfung der Raupenplage für die Volksernährung  
 erlauben wir die Obstbaumbesitzer dringend, die Feld-  
 hüter bei dieser Maßnahme in jeder Hinsicht zu unter-  
 stützen. Zuwiderhandlungen werden bestraft.  
 3891  
 Karlsruhe, den 5. Mai 1919.  
 Das Bürgermeisteramt.

**Geschäfts-Übernahme**  
 und Empfehlung.  
 Meiner werten Kundschaft zur gefl. Nachricht,  
 dass die von mir seit langen Jahren betriebene  
**Schlosserei**  
 an die Herren **Geb. Schwobentha** über-  
 gegangen ist. Ich bitte, das mir in so reichem  
 Masse geschenkte Vertrauen auf meine Nach-  
 folger übertragen zu wollen.  
 Mit vorzüglicher Hochachtung  
 3393  
**L. Mayer.**  
 In Anlehnung an Obiges gestatten wir uns,  
 einem geehrten Publikum die Mitteilung zu  
 machen, dass wir durch Erweiterung der Werk-  
 stätteeinrichtung in der Lage sind, neben Bau-  
 schlossereiarbeiten auch die **Instand-  
 setzung von Maschinen** jeder Art zu über-  
 nehmen. Eine langjährige praktische Tätigkeit,  
 auch in leitender Stellung grösserer Betriebe  
 sichert den uns überwiesenen Aufträgen eine  
 fachgemässe und solide Ausführung zu.  
 Hochachtungsvoll  
**Gebrüder Schwobentha**  
 Waldstrasse 26. Tel. 1310.

**Uhren-Reparaturen**  
 werden pünktlich und billig  
 unter Garantie ausgeführt.  
 Uhren werden angekauft.  
**J. Klaus** :: Uhrmacher ::  
 Schuppstr. 20

**Zwei tüchtige** 3308  
**Modell-Schreiner**  
 finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei  
**Christoph Hauner, Grötzingen,**  
 Modellschreinerei mit Maschinenbetrieb.

**Oelfabrik Königsbach**  
 Verarbeitung von Oelfaaten  
 jeweils Freitags für Rohn usw.  
 Samstags „Reps.“  
 (Gesetzlich vorgeschriebene Schlagheine  
 sind mitzubringen.) 3334

**Möbel**  
 Grosses Lager in  
**Kompl. Wohnungs-Einrichtungen**  
 und **Einzelmöbel**  
 in allen Holzarten, modernen Formen und  
**Mässigen Preisen.**  
 Kostenlose Aufbewahrung. 3309  
 — Freie Lieferung, auch nach auswärts. —  
**Möbelhaus Gebr. Bär**  
 Kaiserstr. 111 u. 115, Eingang Adlerstr.  
 Res.-Magazin Zähringerstr. 80. Telefon. 4997.

**Die Nacktheit!**  
 Kunstformen. Geht für den Handel freigegeben. Sortiert  
 20 Stück, M. 3.50, 100 Stück, M. 12.50 franco. Nach-  
 nahme. Bei größeren Mengen erbitten Spezialofferte.  
 Müller & Winter, Abt. T. 1, Leipzig, Nordstr. 66.  
 Ferner bieten an: 10 verschiedene Bildhauer, 2 mal  
 beschlagene Kessel, M. 3.50, 100 Stück, M. 32.—,  
 500 Stück, M. 100.—, 1000 Stück, M. 190.—, fr. Nachn.

**Palast-Lichtspiele**  
 Herrenstrasse 11  
 Bis mit Dienstag verlängert!  
 Der große Aufklärungsfilm:  
**Der Weg, der zur**  
**Verdammnis**  
 führt.  
 2. Teil. 3418  
 Drama in 6 Akten.  
 Vollständig neues Beiprogramm  
 u. A.  
**Bonoparte stiftet**  
**eine glückliche Ehe**  
 Eine wirklich gute einaktige Posse.  
 Künstlerische Musik-Illustrationen  
 ausgeführt vom  
**Künstler-Quartett Trendig.**

**Süddeutsche**  
**Disconto-Gesellschaft A.-G.**  
 Filiale Karlsruhe i. B.  
 gegenüber der Hauptpost. 3109  
 Ausführung aller in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

**Damenbart** 2143 Z  
 Kästige Haare an unlieb-  
 samen Stellen beseitigt  
 rasch bis auf die Wurzel  
 für immer nur in „Deplu-  
 ator“. Unschädlich, gefahr-  
 los, ab'out fäher. Droge-  
 haus G. Vocatus, Verku-  
 N, Schönhauser Allee 132.

**Gewerbeschule Karlsruhe.**  
 I. Pflichtschule.  
 An die stl. Lehrmeister und Lehrmeisterinnen.  
 Etwaige Wünsche auf Stundenplanänderung bitten  
 wir mit kurzer Begründung bis 14. d. M. schriftlich  
 anbei einzureichen. Spätere Anträge können nicht mehr  
 berücksichtigt werden.  
 II. Freiwilliger Gewerbeschulbesuch.  
 Die Eltern d. T. entlassenen Schüler, die sich  
 zum freiwilligen Besuch eines vierten Schuljahres  
 angemeldet haben, werden gebeten  
 am Montag, den 12. Mai, nachm. 6 Uhr  
 im Gewerbeschulgebäude (Vortragssaal) zur Klassen-  
 einteilung sich einzufinden.  
 Karlsruhe, den 9. Mai 1919. 3352  
 Der Vorstand: Kuhn.

**Stadtgarten.**  
 Nur bei gutem Wetter.  
 Sonntag, den 11. Mai, nachm. von 3-6 1/2 Uhr  
**Vollstündliche**  
**Musik-Aufführungen**  
 des Orchester-Vereins Karlsruhe.  
 Leitung: Kapellmeister Karl Krohne.  
 Eintrittspreise: 3410  
 Jahreskarteninhaber, Kinder und Soldaten dom  
 Feldweibel abwärts ..... 50 Pf.  
 Sonstige Besucher ..... 1.— Pf.  
 Vortragsordnung 10 Pfennig.

**Buchen** 2804  
 schön gelegenes Amtstädtchen am  
 östlichen Abhänge des Odenwaldes,  
 für Erholungsbedürftige zum Kur-  
 und dauernden Aufenthalt wie ge-  
 schaffen. Träumende Täler, herr-  
 licher Wald! Muntere Waldbächlein  
 laden zum fischen ein. Die Stadt-  
 verwaltung gebietet alles auf um fremde  
 zur Anstiedelung zu bewegen. Ist  
 stets bereit Einfamilienhäuser selbst  
 zu bauen und zum Selbstkostenpreis  
 abzugeben. Anfragen an das Bürger-  
 meisteramt. Der Gemeinderat.

**LUXUM Lichtspiele**  
 Kaiserstr. 165. Telefon 3935.  
 Nur kurze Zeit!  
 Das grosse sensationelle Filmwerk,  
 das bisher von der Zensur verboten war,  
 welches, in seiner Art einzig dasteht!  
**Im 100-Kilometer-Tempo.**  
 Sensations- und Detektivschauspiel  
 in fünf Akten.  
 Abenteuer des Detektivs **Harry Hill.**  
 Ein Film von atemberaubender Spannung  
 und sensationeller Handlung, wie er in  
 dieser Art noch nicht gezeigt wurde.  
**Eine Treppe zu hoch.** Lustspiel in  
 3 Akten mit  
**Erna Bogner und Fritz Achterberg.**  
**Künstler-Kapelle.**  
 Letzte Vorstellung von 9-11 Uhr.

**Möbelhaus**  
Besichtigung ohne Kaufzwang.

Ecke Kaiser- und Douglasstr. (Hauptpost). Telephone Nr. 5220.  
Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzel-Möbel.  
Aufbewahrung völlig kostenlos.  
Hauptlager Mühlburg: Philippsstrasse 19. Telephone Nr. 5224.

**Gebr. Karrer**  
Gute Ware bei billigster Berechnung

**Deutsche**  
schützt die Grenze Eures Vaterlandes gegen den Einmarsch russischer Bolschewisten!

Mobiler Lohnung, 5 Mk. Tageszulage, ansonsten nach Überschreiten der Landesgrenze 4 Mk. tägliche Zulage aus baltischen Landesmitteln. Freie Verpflegung, Familien-Unterstützung, Bekleidung u. Unterkunft. — Spätere Ansiedlungs- und Arbeitsmöglichkeit im Baltienlande.

**Alle Waffengattungen sind erwünscht.**  
Besonders werden gebraucht:  
**Infanterie, M.-G.-Schützen, Minenwerfer, Funker und Fernsprecher, Fahrer, Kavalleristen und Pferdepfleger, Sanitätsmannschaften und Handwerker.**

Nur Ordnung liebende, pflichttreue Soldaten werden angenommen, auch unausgebildete werden eingestellt. Führungszeugnis und elterliche Einwilligung sind mitzubringen. Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften meldet Euch umgehend. — Falls keine Militärpapiere vorhanden, ist ein polizeiliches Führungs-Zeugnis mitzubringen.

**Anwerbsstelle Baltienland.**  
Zweigstelle: Karlsruhe, frühere Militärwache am Karlstor. 8247  
**Freiburg, Karls-Kaserne, Zimmer Nr. 142.**

**Freikorps Hülsen**  
sucht 3083

**Freiwillige**  
aller Waffen

— Bekannte Bedingungen —  
Militärpapiere mitbringen

Zu melden:  
**Hauptwerbeamt Durlach in Baden**  
Hauptstraße 92 (Gashaus z. grünen Hof).  
Rittmeister Baumeister.

**Zufahrt!**  
Babische Fernsprecher, Funker, Blinker, Fahrer!

Auf Anordnung der vorläufigen baltischen Volkeregierung hat das Generalkommando die Aufstellung einer baltischen Freiwilligen Nachrichten-Truppe beim Nachrichten-Bataillon 14 in Bretten verfügt. Ausführung des wichtigen Nachrichten-Dienstes im Dienste des Schutzes der baltischen Heimat und des deutschen Vaterlandes sollen ihre schönen Aufgaben sein.

**Bedingungen zur Einstellung:**  
a) Geborene Badener oder solche, die sich schon länger in Baden aufhalten und sich hier heimisch fühlen.  
b) Freibleibfähigkeit.  
c) Einjährige Kriegsvorlehre erwünscht.  
d) Verpflichtung zu straffer Disziplin.  
e) Verpflichtung zur Verteidigung des deutschen Reiches und Badens.  
f) 14tägige Probezeit, dann einmonatliche Ausbildungsfrist.

**Gehälter:**  
a) Wohnung nach den Dienstgraden.  
b) Mindestens 30 Mark monatlich.  
c) Zulage 4 Mark täglich.  
d) Freie Verpflegung.

**Meldungen (auch schriftlich):**  
1. Beim Nachrichten-Bataillon 14 in Bretten.  
2. Beim Korps-Nachrichten-Bat. 14 in Durlach.  
3. „Gashaus zum Schwann“, Hauptstraße 13.  
4. Mannschaften des Beurlaubtenstandes bei den Bezirkskommandos.

Entlassungspapiere sind vorzulegen.  
Entlassungssatzung und Mäntel sind mitzubringen. Bei Wiedereinstellung steht Urlaub zu.  
g. a. Schuster  
Major und Kommandeur  
Nachr. Bat. 14.

**Zeitungsträgerinnen**  
sofort gesucht.  
Zu melden vormittags 8-12 und nachmittags 2-6 Uhr.  
Waldstraße 38, 1. Stod. 3802

**Richard Jungel**  
Haupt-Kaufmann  
Gera-Reg.  
Kaufmanns-Name  
Gera-Reg.  
Gera-Reg.  
Gera-Reg.

**Mitteilung**

Die von Ihnen gelieferten über 500 Kisten Salzgemüse sind von demselben Beschaffenheit und wert, sodass die Kaufleute wirklich einmal etwas Gutes und Billiges auf dem Tisch hat. Die Gemüse sind ein wahrer Retter bei dieser Kartoffelnot und dieses vorzüglichen Salzgemüse anzuschauen und anzuprobieren ist ein Vergnügen, das man nicht missen sollte. In voraus besten Dank bezieht  
Beobachtungsprotokoll

**Sourteilt man über Salzgemüse**

Vertreter: W. Kuhne, Gg. Fischers Nachf., Kriegstraße 172.

**Vorhänge**  
Ein Kasten Vorhänge, bis 80 cm breit, billig abzugeben.  
8388

**Muktionen-Geschäft**  
**Madlener**  
Mühlburgerstraße 20.

Ziehung garantiert 23. Mai

**Bad. Rote Geld-Lotterie**  
1 Treffer im günstigsten 3257 Falle

**20000 M.**  
1 Hauptgewinn  
**15000 M.**  
zus. 8284 Goldgew. u. 1 Prämie  
**37000 M.**

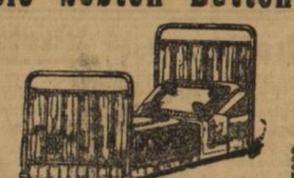
Lose je 1 Mark, Porto u. Liste 45 Pf. empf. Lotterie-Untern.  
**J. Stürmer**  
Mannheim D 1, 1  
Karlsruhe: Fr. Pecher, Zirkel 30. Carl Götz, Hebelstr. 11/15.

**Kräuze**  
Santalschlag  
Santajuden  
Flechten usw.  
bediende man

**Kräuz-Geisse Herbol**  
Erfolg unübertroffen!  
1 Dose kostet:  
für Kinder . . . 1.50  
Erwachsene . . . 2.80  
alte Fälle . . . 4.25  
ganze Fälle . . . 6.50

Damit Hautauschläge nicht wieder auftreten, trinke man Mut einigangster 1 Paket N. L. —  
**D. Nthig, Amberg.**

**Die besten Betten!**



Bettstellen, Matratzen, Deckbetten, Kissen, Federn, Daunen, Kinderbetten  
Besichtigung erbeten.

**Bettenhaus Buchdahl**  
Kaiserstr. 164 (Nahe Hauptpost).

Zum Werden für die baltische Reichwehrbrigade werden geeignete 3384

**Werbe-Posten**

für die Bezirke:  
**Uhern, Bühl, Rastatt, Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen, :: Karlsruhe, Pforzheim ::**  
**gesucht.**

Herrn, die geneigt sind, diese Tätigkeit ehrenamtlich bei Vergütung der entstehenden Unkosten, Reise, Verpflegung, Unterbringung zu übernehmen, werden gebeten, sich schriftlich mit der Werbezentrale für die baltische Reichwehr Durlach, Friedrichsschule, in Verbindung zu setzen.

**Deutscher Metallarbeiterverband**  
Verwaltungsstelle Karlsruhe.  
Sonntag den 11. Mai, vormittags punkt 10 Uhr, in der „Karlsburg“ (Madenstraße)  
**Berammlung der Elektromonteur.**  
Tages-Ordnung: „Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.“  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein 8383  
Die Branchenleitung.

**Sozialdem. Partei Karlsruhe.**  
Montag, den 12. Mai, abends 8 Uhr  
im Saal 3 der Brauerei Schrempf, Waldstraße

**Deffentl. Frauen-Versammlung**  
Frau Kunigunde Fischer und Dr. Kraus  
sprechen über 3412

**Die Aufgaben der Frau in der Gemeinde.**  
Frauen und Mädchen erscheint in Massen in dieser Versammlung.  
Der Vorstand.

**Herrn-Knaben-Kinder-Stroh-Hüte**

Unsere Hauptverkäufe sind schon vor dem bedeutenden Aufschlag erfolgt und dadurch unsere Verkaufspreise besonders billig!

Moderne Formen Gute Ausstattungen in geradezu friedensmässig grosser Auswahl  
**Hut-Mode-Haus**

**Wilh. Zeumer**  
Kaiserstrasse 125/127.

Begünstigt monatlich 1,40 M.

Der regt in sich in druck: wir haben bedingungslos rauben hohlung es das langt gleitige färbert

Es Denkfür e nen A sehr les des Fr sollte a deutliche schott b wöhren kender

Ab des au urtritte hm d begeben Werreff Har sei sei Sp Schöpf garnisch etwa o hieles. das er Epaos Da Ein, da nicht v hems i der U zeugen naturge fen, do tenten ia nia Kriegs Wornu Arbeit und in zu erh Bo Unterf r o f f handlu aus di fult a lmanu Kistliche Ereign aber fe begeben schwach

Der deutliche des Fr und fol

Die von de der den gungen sie die Flecht jäten l die Br Wertret lei Cr Liden i haben. scher M ten ih Gen Die des Fr neue F Novem schlage